

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Land. 1866-1938 42 (1908)

28 (29.1.1908)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-738895](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-738895)

Die „Nachrichten“ erscheinen täglich, auch an den Sonntagen. — Vierteljährlicher Abonnementspreis 1 M 50 A, durch die Post bezogen inkl. Postgelde 1 M 92 A. Man abonniere bei allen Postanstalten, in Oldenburg in der Expedition Peterstraße 5. Fernsprech-Anschluss: Redaktion Nr. 190, Exped. Nr. 46.

Nachrichten

für Stadt und Land.

Zeitschrift für oldenburgische Gemeinde- und Landes-Interessen.

Nr. 28.

Oldenburg, Mittwoch, 29. Januar 1908.

XXXXII. Jahrgang.

Hierzu drei Beilagen.

Tagesrundschau.

Der Kaiser verließ anlässlich seines Geburtstages der Kaiserin das Frauenverdienstkreuz in Gold.

Ein neues System für drahtlose Telegraphie mit kontinuierlichen Wellen ist von dem Erfinder, Herrn von Lepel, der Inspektion der Verkehrstruppen durch Telegraphieren von Reindorf bei Berlin nach Braunschweig (230 Kilometer) mit Erfolg vorgeführt worden. Ein höchst einfacher, kleiner Apparat erzielt bei geringem Verbrauch an elektrischem Strom einen großen Rangeffekt und gestattet auch die Ausarbeitung der drahtlosen Telephonie.

Die Deutschen in Tanger richteten an den Kaiser ein Telegramm, in welchem sie betonen, daß allein das Vertrauen auf ihn sie in der jetzigen über Marokko hereinbrochenen schweren Zeit stärke.

Zustizminister Bessler erklärte, daß die Frage der Zivilprozessreform nach Ansicht des Bundesrats noch nicht genügend geklärt sei.

Der Professor der katholischen Theologie an der Universität Straßburg, Ehrhardt, der seinen Bedenken gegen die neue Enghylla kürzlich in furchtbarer und ehrlicher Weise öffentlich Ausdruck gegeben hat, wird jetzt vom Vatikan als Geistlicher und als Wissenschaftler angestrichen. In einer römisch-offiziösen Erklärung heißt es, solche Jogen. Katholiken müßten sich außerhalb der Kirche stellen.

Gegen den Herausgeber der Berliner Wochenschrift „Morgen“, Dr. Landsberger, hat Graf Kuno Moltke Strafantrag gestellt. Der Graf fühlt sich durch einen die Affäre Moltke berührenden Artikel der Zeitschrift beleidigt.

Die Marokkodebatte in der französischen Kammer endigte mit einem Vertrauensvotum für die Regierung.

Die französische Regierung beabsichtigt die Errichtung einer Telegraphenlinie durch die Sahara, um Ägypten mit den französischen Kolonien in Westafrika, Senegal und der Elfenbeinküste zu verbinden.

Kardinal Richard ist gestorben. Er hat ein Alter von nahezu 89 Jahren erreicht und war seit 1889 Erzbischof von Paris.

Sir Robert Hart ist vom Kaiser von China zum Staatsminister ernannt worden.

Der Flottentag, seine Bedeutung und seine Folgen.

Die Hauptversammlung des deutschen Flottenvereins zu Kassel hat ihr Ende nicht in Eintracht gefunden. Wenige Monate erst ist es her, daß man in Köln mühsam Frieden geschlossen, und jetzt ist der Bruch vollzogen. Erst die nach Rangzünberufene ordentliche Hauptversammlung soll den Verein neu befestigen; bis dahin herrscht ein Interregnum. Die Präsidialgeschäfte wurden vorläufig von Professor Wunsley und Geheimrat Rabenau übernommen. Aber die Bayern und mit ihnen ein Teil der übrigen Süddeutschen erklärten, daß sie bei Annahme der thüringischen Resolution zu Gunsten des alten Präsidiums nicht mehr mitwirken könnten und den Saal verlassen werden, sobald sie bemerkt, daß mit großer Mehrheit das Vertrauensvotum für das Präsidium Annahme finde. Kluge, gewandte und patriotische Männer haben sich darum bemüht, den Bruch zu verhindern, aber er schien unvermeidbar.

Vor Kassel konnte man oft hören, der bedauerliche, aber unabwendbare Rücktritt des Generals Reim werde die Wiederherstellung des Friedens sichern. Nun ist nicht nur General Reim, sondern das ganze Präsidium zurückgetreten, aber der Friede konnte dadurch nicht erzielt werden. Die größte nationale Vereinigung in Deutschland ist einfallen in die Brüche gegangen. Die starke Agitationskraft ist ihr durch Uneinigkeit genommen. Da nachträglich die einzelnen Stände wieder zusammengeklippt werden, läßt sich heute nicht erwägen. Sollte es gelingen, so könnte es doch bei der nächsten besten Gelegenheit leicht wieder neue Scherben geben. Verdient man es nicht, oder gelangt es nicht, so bleibt ein bedauerlicher Zwiespalt zwischen Nord und Süd bestehen. Aber der Gewinn wäre vielleicht, daß die weitaus überwiegende Mehrheit dann um so fester zusammenhalten und ohne neuere innere Kämpfe auf einheitlicher Grundlage vorwärts schreiten könnte.

Die nationalen Verbände befinden sich in einem Gärungsprozesse, den nicht allein der Flottenverein durchzu-

machen hat. Es ist ein Kampf der aktiven Kräfte mit dem lauen Element, ein Kampf, der zugleich in engem Zusammenhange steht mit der neuen Gruppierung der parlamentarischen Mehrheit durch die Reichstagsauflösung vom 13. Dezember 1906. Denn die großen nationalen Verbände stehen noch heute wie nach jenem 13. Dezember vor der Frage, ob sie in sich wesentlich solche Kräfte zusammenfassen sollen, die im Reiche die Blockpolitik durchführen, oder gemäß den Mehrheitsverhältnissen im alten Reichstag fortgesetzt zarte Rücksichten auf das Zentrum nehmen sollen.

Die Vorfrage ist, ob die nationalen Verbände politischen oder unpolitischen Charakter tragen. Jenen einen unpolitischen Charakter beizumessen, ist ein altes Vertriebspiel, das seine Begründung wesentlich in dem alten Vereinsrecht findet. Das gegenwärtig zur Diskussion stehende neue und einheitliche Vereinsrecht beseitigt diesen Streitpunkt insofern, als die nationalen Verbände in Zukunft keinen Anlaß mehr haben werden, ihren politischen Charakter zu leugnen. Daß sie diesen Charakter tatsächlich tragen, liegt ja auf der Hand. Denn was könnten sie überhaupt erreichen und bestreben, wenn sie es ablehnten, Einfluß auf den Gang der politischen Dinge zu gewinnen? Die Verwirrung wird erst dadurch künstlich erzeugt, daß man fortgesetzt Politik im allgemeinen mit Parteipolitik zu verwechseln beliebt.

Dieselben grundsätzlichen Erörterungen, die dieserhalb über den Flottenverein stattfinden, kamen ganz ähnlich, nur nach außen hin weniger förmlich in der Kolonialgesellschaft vor. An dieses Schulbeispiel muß immer wieder erinnert werden, wenn man die Vorgänge im Flottenverein richtig auffassen will. Die Kräfte des Flottenvereins und der Kolonialgesellschaft wurden vielfach im Wahlkampf von 1906/07 gleichermäßen in den Dienst der Flottenpolitik gestellt und haben dabei außerordentlich verdienstvoll gewirkt. Stellenweise aber verließen diese Dienste auch und es war besonders die Haltung einzelner großer Abteilungen der deutschen Kolonialgesellschaft, die in nationalen Kreisen Verwirrung erregten und dazu führten, daß bei den in Frankfurt gelegentlich des fünfundsiebenzigjährigen Jubiläums der Kolonialgesellschaft beratenden Satzungsänderungen ausdrücklich die aktive Betätigung der Gesellschaft in Zeiten wichtiger Entscheidungen zu ihrer Aufgabe gemacht wurde. Im § 1 der neuen Satzungen heißt es nämlich: „Unter Ablehnung jeder Stellungnahme zu parteipolitischen Fragen ist die deutsche Kolonialgesellschaft befreit, alle Parteien im Deutschen Reiche für die deutsch-koloniale Sache zu gewinnen und insbesondere in Zeiten wichtiger Entscheidungen in solchem Sinne zu wirken.“

Parteipolitik lehnt die Kolonialgesellschaft also selbstverständlich ab. Aktive Betätigung im Interesse der kolonialen Sache macht sie sich aber insbesondere für den Fall von Reichstagswahlen zur Pflicht. Sie stellt sich offiziell zwar die Aufgabe, nach Möglichkeit alle Parteien für die koloniale Sache zu gewinnen; aber es ist ohne weiteres klar, daß sie ohne Bevorzugung einer einzelnen Partei die Gesamtheit der kolonialfreundlichen Gruppen gegen die in kolonialen Fragen vorliegenden unterliegenden und fördern wird und muß. Diese Praxis hat auch der Flottenverein befolgt, und zwar leistete das Berliner Präsidium unter dem Zeichen der Blockpolitik den Blockparteien unterschiedslos seine eifrige Unterstützung, bekämpfte dagegen das national unzuverlässige Zentrum. Das ist der springende Punkt — und mögen die Bayern nach bestem Wissen und Gewissen tausendmal betonen, daß Zentrumseinsicht nicht auf ihre Stellungnahme gewirkt haben, so dreht sich alles für und wider im Grunde doch darum, ob auf das Zentrum politische Rücksicht genommen werden soll oder nicht.

Daß die Bayern und ein Teil der anderen Süddeutschen in dieser Frage eine andere Auffassung vertreten als die norddeutsche Mehrheit, mag erklärlich sein, und wenn beide Teile an ihrer Auffassung festhalten, so ist eben schließlich nichts anderes möglich, als ein getrenntes Vorgehen. Das ist bedauerlich, aber nicht minder bedauerlich ist es, wenn für besonders tatkräftige patriotische Männer in der Leitung der nationalen Verbände kein Platz sein soll. Die Kasseler Tagung hat erwiehen, wie außerordentliche Sympathien die persönliche Loyalität und die würdevolle Heterotik des so viel umstrittenen Generals Reim ihm entgegen. Reim selbst hat den Frieden gewollt. Er hat in Köln den Friedensschluß ermöglicht und seit Köln seinerseits den Frieden eifrig gehalten. Er hat keine Parteipolitik getrieben, sondern nationale Politik. Der wesentliche Streitpunkt war, ob die nationale Politik mit dem Zentrum oder im Notfall gegen das Zentrum zu treiben sei. Die überwiegende Mehrheit des Flottenvereins steht nach wie vor entgegen auf seiner Seite. Aber der bayrische Protektor hat an seiner Person Anstoß genommen, und andere Protektoren haben sich nach und nach mit ihm solidarisch erklärt. Manche nicht ohne längeres Zögern, und andere haben sich ganz neutral verhalten, insbesondere der König von Württemberg, der die Kasseler Entscheidungen abwarten zu wollen erklärte.

Ein Teil der Gegnerschaft gegen General Reim dürfte übrigens auf die Rechnung anderer zu buchen sein. Ihm als dem wirksamsten Agitator wird alles zur Last gelegt, was innerhalb des Flottenvereins an Uebertreibung der Agitation geschieht. Nicht zuletzt wohl auch die außerordentlich heftige Sprache, die in zahlreichen Artikeln des Grafen Reventlow gegen die Marineverwaltung geführt wird, welche in der Tat oft über das zulässige Maß der Kritik hinausgeht und der Sache des Flottenvereins nicht nützlich ist. General Reim aber ist für solche Artikel nicht verantwortlich.

Der Tag von Kassel hat viele Fragen offen gelassen. Und vor allem, er hat wieder einmal dargetan, wie unendlich schwer es ist, wie schier unmöglich, große Massen in Deutschland zu einheitlich geschlossener nationaler Betätigung ohne landwirtschaftliche Zersplitterung, ohne kleine und große Streitigkeiten zusammenzuhalten. Wie neben dem Block im Parlament, so sieht man neben den freien nationalen Organisationen immer den großen Leimtopf stehen und abdrückende Teile liegen. Traurig genug, daß es so ist, aber es ist so.

Politischer Tagesbericht.

Deutsches Reich.

Der glückhafte Kanzler.

Aus Berlin wird geschrieben: Fürst Bismarck ist von der Meute schlecht informierter kleiner Reporter wieder einmal toterbelegt worden. Wenn die Leute wüßten, welche Heiterkeit ihre Schreibübungen erregen, würden sie sich die Mühe sparen. Nur eines erreichen sie sicher: die Auskannthe solcher Artikel, in denen des Kanzlers Rücktritt angekündigt oder dröhnend verlangt wird, werden samt und sonders sehr lächerlich aufgefaßt und dem Kaiser von dem mit Zusammenstellung dieser Literatur betrauten Beamten des Auswärtigen Amtes zweimal täglich frisch zugefächelt. Dann hat der Monarch doch was zum Lachen, und kommt er zum Kanzler, dann „hoch in der Rinken schwingt er die Wische mit freudigem Winken“.

Nachgerade sollte man es in Berlin doch wissen, daß ein Minister durch derartige Angriffe, wenn keine positiven Daten vorliegen, in seiner Stellung nur gestützt wird. Dem glückhaften vierten Kanzler würde etwas Notwendiges fehlen, wenn es solche törichte Angriffe nicht gäbe. Sie bauen sich überdies auf völlig falschen Voraussetzungen auf: sie halten den Kanzler und den Block für ein stamisches Zwillingpaar, das unbedingt eingehen müsse, wenn die eine Hälfte einen tödlichen Schlag erhält. Aber nicht einmal das ist richtig. Nach unserer Kenntnis der Lage würde sogar eine Sprengung des Blocks das Vertrauen des Monarchen zu seinem ersten Berater nicht erschüttern, sondern eher noch zu einem neuen Appell an das Volk führen. Einem befragten ausländischen Interviewer hat Fürst Bismarck dies Tage selbst gesagt, daß er an Rücktritt nicht dachte. Von der ernsthaften politischen Presse Deutschlands hat nicht ein einziger Vertreter solch eine törichte Frage überhaupt erst gestellt.

Ergänzung der ehrengewöhnlichen Bestimmungen?

Nach dem „Fall Dynar“.

Wie man uns berichtet, wird in nahgelegen militärischen Kreisen aus triftigen Gründen erwogen, eine die bisher gültigen ehrengewöhnlichen Vorschriften für Offiziere ergänzende Bestimmung auszuarbeiten und dem Kaiser zur Genehmigung vorzulegen. Es handelt sich hierbei um die Tatsache, daß bisher Offiziere, die ohne Uniform verabschiedet wurden, dem Ehrengericht nicht unterliegen, daß sie also, wenn sie eine mehrerhabe Handlung begangen haben und von einem ordentlichen Gericht zu einer erhebenden Strafe verurteilt worden sind, trotzdem den Offizierstitel weiter führen dürfen. Denn die Aberkennung des Offizierstitels kann bei inaktiven Offizieren befallend nur ehrengewöhnlich erfolgen. Der Fall des Grafen Dynar scheint der Anlaß zu diesen Erwägungen zu sein.

Die „A. G.“ bringt hierzu von sachverständiger Seite noch die folgenden interessanten Ausführungen: „Es ist richtig, daß in der Armee allgemein die Auffassung vertreten ist, daß unter ehrengewöhnlichen Bestimmungen unvollständig sind. Man wird es als ein gutes Zeichen ansehen dürfen, daß aus der Armee selbst heraus der Wunsch geäußert wird, hier Wandel zu schaffen und die schon bestehenden ehrengewöhnlichen Vorschriften zu vervollständigen. Der Offizier, bis zum Oberst einschließlich, hat bei seiner Verabschiedung keinen Anspruch auf Uniform. Möchte er mit Uniform verabschiedet werden; so muß er in seinem Abschiedsgeld diese Bitte aussprechen; nur der König hat das Recht, ihm die Uniform zu verleißen. In der Regel erhält der Offizier nach 10jähriger Dienstzeit die Armeuniform, nach 15jähriger die Uniform eines Truppenteils, dem er aktiv angehört. Es ist nicht angängig, daß ein Offizier, dem das Recht zum Anzug einer Uniform verlihen wurde, hinterher freiwillig auf dieses Recht verzichtet; andererseits ist er nie verpflichtet, die Uniform anzulegen. Nur diejenigen inaktiven Offiziere unterliegen dem Ehrengericht, die mit Uniform verabschiedet

sind. Es kann daher vorkommen, daß ein Stabsadjutant, der in seinem Abschiedsgeluch nicht um die Uniform gebeten hat, also ohne Uniform verabschiedet wurde, dem Ehrengerichte überhaupt nicht untersteht. Wird ein solcher Offizier nun zum Beispiel wegen Betruges mit einem Jahre Gefängnis bestraft, so besteht keine gesetzliche Handhabe dafür, ihm den Offiziersdienst zu nehmen. Dagegen kann andererseits einem Offiziersadjutant, der 10 Jahre aktiv war, mit Uniform verabschiedet wurde und nachher wegen Betruges mit 8 Tagen Gefängnis bestraft worden ist, das Ehrengericht Uniform und Titel aberkennen. Daß darin eine Ungerechtigkeit liegt, wird jedem einleuchten. Generäle brauchen das Recht zum Tragen der Uniform nicht zu erbitten; ihnen steht sie von rechts wegen zu. Dem Grafen Hohenau, der als Generalleutnant zur Disposition gestellt wurde, kann also trotz des freisprechenden Urteils des Kriegserichtes vom Ehrengericht Uniform und Titel abgenommen werden. Die Vorschriften hierüber lauten dem Sinne nach: Wenn gerichtlich auf Freispruch erkannt ist, dürfen nur diejenigen Tatsachen, die an sich eine Verletzung der Offiziersrechte enthalten, dem Spruch des Ehrengerichtes unterstellt werden.

Graf Dynar ist Major a. D., hat aber bei seiner Verabschiedung die Uniform nicht verliehen erhalten. Er ist kriegsgerichtlich abgeurteilt worden, also muß die ihm zur Last gelegte Straftat innerhalb der Frist des letztvergangenen Jahres geschehen sein, denn sonst ist kein Offizier a. D., auch nicht der mit Uniform verabschiedete, dem Militärgericht unterstellt. Graf Dynar hat aber nach den bisherigen Bestimmungen, trotz seiner Verurteilung zu einer entbehrenden Gefängnisstrafe, weiter das Recht, sich Major a. D. zu nennen, denn ehrengerichtlich kann, wie gesagt, gegen ihn nicht vorgegangen werden, weil er ja ohne Uniform dem Ehrengericht nicht untersteht. Hierin liegt eine Ungleichheit in der Behandlung der verabschiedeten Offiziere und in der Anwendung des Erbgrundsatzes. Wenn es der Seeresverwaltung gelingt, die ehrengerichtlichen Bestimmungen der Offiziere für Fälle solcher Art auszubauen, wird sie sich den Dank des Offizierskorps sichern, und in der Defensivität wird das Militärwesen schwinden, als könne in der Armee mit zweierlei Maß gemessen werden.

Ehrengerichtliches Verfahren gegen den Grafen Wilhelm Hohenau.

Der Kaiser hat bereits die Einleitung des ehrengerichtlichen Verfahrens gegen den Generalleutnant v. Grafen Hohenau anbefohlen. Graf Hohenau wurde, wie erinnerlich, vom Kriegserichte in Potsdam zwar freigesprochen, jedoch stellte das Kriegsericht fest, daß der Graf sich ohne Zweifel schwerer fittlicher Verfehlungen schuldig gemacht habe. Die Zusammenfassung eines Ehrengerichtes gegen einen General liegt bestimmungsgemäß in den Händen des Kaisers, des allerhöchsten Kriegsherrn. Es heißt hierüber in der Verordnung über die Ehrengerichte vom 2. Mai 1874: „Tritt die Notwendigkeit ein, gegen einen General oder einen in einer Generalsstellung stehenden Stabsadjutant oder einen mit ernannten Kommandanten, oder einen mit direkt unterstellten Offizier, oder einen Adjutanten der Krone meines Hauses oder eines deutschen Fürsten, oder gegen einen außerhalb des Verbandes meines Heeres abkommandierten Stabsadjutant ehrengerichtlich einzuschreiten, so werde ich das Nötige jedesmal besonders bestimmen.“

Ausland.

Die Marokkodespache in der französischen Deputiertenkammer.

Bei der heute fortgesetzten Beratung der Marokko-Interpellation hob Lucien Hubert (Einsiedler) den Mangel der Algeriaspache hervor, welche die Ruhe sichern sollte. Hubert gab dann der Hoffnung Ausdruck, daß der von Pichon angeführte Nützling der Truppen nach dem Meere und nicht nach dem Innern zu verfolgen werde. Nebenher schließt mit dem Marokko, daß Frankreich sich nicht in die inneren Streitigkeiten Marokkos einmischen möge. (Beifall auf der äußersten Linken.) Graf Boni de Castellane spricht seine Freude über die Annäherung Marokkos mit Spanien und England aus angesichts der gegenwärtigen schwierigen Umstände. Demnach schließt sich aus Deutschland selbst habe Frankreich dazu ermuntert, in Marokko energisch vorzugehen. Frankreich müsse überall das Wort der Kultur und Gerechtigkeit einzuschreiten, so werde ich das Nötige jedesmal besonders bestimmen.

Im Verlaufe der Debatte erklärt Jaurès, er sei stets gegen eine militärische Aktion in Marokko und ein begeisteter Anhänger des französisch-englischen Einverständnisses gewesen. Er bleibe bei seiner früheren Ansicht, daß eine Annäherung Frankreichs und Deutschlands für den Frieden von Europa notwendig sei. Nebenher wirft Jaurès Pichon vor, daß er Abdul Aziz habe hängen lassen, in Frankreich eine finanzielle Beihilfe zu finden. Eine neue Anleihe würde für Marokko die Befestigung einer unbegrenzten Unterdrückung sein, deren trauriges Werkzeug Frankreich wäre. (Beifall auf der äußersten Linken.) Jaurès machte darauf Pichon über die Art und Weise, wie er die Neutralität beobachtet, Komik. Hier unterbrach Pichon den Redner und sagte: „Sie sagen an, uns einen Roman zu erzählen.“ Jaurès erwiderte: „Zur Zeit der Ermordung Marokkos zählt Ihr auf Sabis, um die Europäer zu schrecken“, worauf Pichon entgegnete: „Zweifelloß! Er war ja Pacha von Marokko.“ Jaurès fügte nun noch hinzu, Frankreich dürfe Abdul Aziz nicht unterstützen, denn es werde der Tag kommen, wo dieser sich auf die Algeriaspache stützen, Frankreich vor Europa anklagen und versuchen wird, seine Macht wieder zu erkämpfen. Angesichts des augenblicklichen Vorgehens Mulay Sabis auf Serrat fragt Jaurès, welche Instruktionen dem General d'Amade für diesen Fall erteilt seien. Frankreich fürchte sich nicht vor dem Krieg, es wolle aber den Frieden. „Ueberlassen wir die Führung unserer Entente cordiale nicht den Unruhestiftern, nicht denjenigen, welche den wirtschaftlichen Kampf zwischen Deutschland und England mit Kanonen ausfechten wollen.“

Pichon wiederholt, daß General d'Amade die Instruktion habe, sich nicht in die inneren Angelegenheiten Marokkos zu mischen, keinen Unterschied zu machen zwischen den Stämmen, die ihn bekämpfen, weiterhin den französischen Waffen Achtung zu verschaffen und die Verhütung des Schanja-Stammes herbeizuführen. (Beifall.) Darauf erklärt sich Pichon für folgende Tagesord-

nung, die von Dubief eingegangen ist: „Die Kammer beschließt, daß die Algeriaspache eingehalten und die Verdringung der Rechte und Interessen Frankreichs in Marokko ohne Zustimmung in die innere Politik des islamischen Reiches übergestellt werden. Ferner billigt die Kammer die Erklärungen der Regierung und spricht dieser ihr Vertrauen aus. Sie beschließt die Abweisung einer Glückwunschadresse der Nation an die in Afrika kämpfenden Offiziere und Mannschaften.“ Diese Tagesordnung wurde mit großer Mehrheit angenommen und darauf die Sitzung geschlossen.

Erste Rundgebung des englischen Flottenvereins.

Der neue englische Flottenverein ist jetzt mit seiner ersten Rundgebung herborgetreten. Der Verein veröffentlicht nämlich folgendes Programm: 1. Die Aufrechterhaltung der englischen Vorherrschaft zur See; 2. die Gründung einer Abteilung für Strategie in der Admiralität nach deutschem Muster; 3. Vermehrung der Flotte; 4. Verringerung der ausländischen Mannschaften in der Handelsmarine; 5. der immer engeren Zusammenfassung des englischen Weltreiches durch Handel und Schifffahrt. Der Verein hofft auch auf einen großen Zustrom aus Arbeiterkreisen. Es wird daher der Beitrag für Arbeiter auf 1 Schilling ermäßigt. Eine große Reihe von englischen Seemannsvereinen gehört bereits dem Verein an.

Unpolitisches.

Eine kleine Hochzeit.

Das Ereignis der New Yorker Saison ist die Vermählung des Grafen Adolfs von Szechenyi mit Miß Gladys Vanderbilt, der reichsten Erbin der Vereinigten Staaten. Wie erinnerlich, kam die Hochzeit eine Zeit lang in Frage, da die Vanderbilt's die Trauung in der anglikanischen Kathedrale vollzogen zu sehen wünschten, während wiederum Szechenyi darauf bestand, nach katholischen Ritus getraut zu werden. Es wurde dann vereinbart, daß zuerst die Feier in der protestantischen und dann in der katholischen Kirche abgehalten werde. Dagegen wurde jedoch zuerst vom katholischen Erzbischof und dann von Rom aus Einspruch erhoben, und es erging vom Vatikan an alle katholischen Geistlichen in Amerika das Verbot, die Trauung zu vollziehen. Das Ende war, daß die Braut und ihre Familie nachgaben und daß die Trauung nunmehr nur nach katholischen Ritus vollzogen wurde, und man mußte, daß Miß Gladys Vanderbilt bereits zur katholischen Kirche übergetreten sei. In Erinnerung an die früheren Vorgänge bei Szechenyi amerikanischer Erbinen, bei denen es zu den unangenehmsten Ausbrechungen der New Yorker Damenviertel kam, ist aber beschloffen worden, die Trauung nicht in der katholischen Kathedrale, sondern in dem Palais der Vanderbilt's vornehmen zu lassen, zu welchem Behufe daselbst eine eigene Kapelle errichtet worden ist. Was sonst über die Aus schmückung dieses Brautpaares der Frau Cornelius Vanderbilt, der Mutter der Braut, gemeldet wird, klingt geradezu fenhoch. Die Hochzeit fand vorgetan statt. Der große Ballaal war in einen tropischen Garten umgewandelt. Durch die Mitte desselben führte eine Allee von Palmenbäumen, 10–20 Fuß hoch, durch welche das Brautpaar zu der improvisierten Kapelle führte. Die Palmen waren von einem grünen, lebenden Teppich aus Woll und Gras umgeben, aus dem wohlriechende Blumen aller Herborragenden. Um die Stämme der Palmen schlangen sich Orchideen mit mehr als 5000 Blüten, und die Einrichtung dieses Saales soll allein an 100 000 Dollars gekostet haben. Entlang der Wände zogen sich magisch beleuchtete, von Farben überwogene Grotten hin. Eine große Orgel, die auf der Galerie errichtet wurde, ein Orchester von 40 Musikern und 60 Choristen der katholischen Kirchen besetzten den musikalischen Teil bei der Feier.

Alle Lausien des Palastes waren niedergefallen, so daß niemand den außen Einblick gewinnen konnte. Eine Abteilung der berittenen Polizei umgab das ganze Haus, und in der Tat ist daselbst schon seit mehreren Tagen polizeilich bewacht, während die im Innern des Hauses eine Schär von Detektivs bestand, was für räthlich befunden wurde, da in einem der Gemächer die Hochzeitsgeschenke ausgelegt sind, meist Juwelen und kostbare Schmucke, deren Wert nicht weniger als 2 Mill. Dollar beträgt. Das Geschenk des Grafen Szechenyi an seine Braut besteht aus einem Diadem von Saphiren und Diamanten. Da die Braut nicht wußte, was sie ihm zum Geschenk machen sollte, so tat sie es in Gestalt eines Schecks auf 1 Mill. Dollar.

Die übrige Ausstattung des Hauses soll auch geradezu märchenhaft sein, und namentlich jene des großen Speisesaals, in dem das Hochzeitsmahl eingenommen wurde. Ueber das Brautkleid wurde auch Wunderbares berichtet. In der amerikanischen Presse findet aber noch immer die Vermuthung darüber Ausdruck, daß wieder eine der reichen Erbinen mit ihren Millionen das Land verläßt und sich an einen europäischen Aristokraten „verschachert“. Eine der intimsten Freundsinnen der Braut machte sie darauf aufmerksam und fragte: „Was veranlaßt Dich, einen ungarischen Aristokraten zu heiraten?“ Miß Vanderbilt antwortete darauf: „Well, wenn ich einen Amerikaner heiratete, bekäme ich einen Gatten, der die Liebe seiner Frau ebenso schnell verliert, als er es mit seinen Wahlzeiten tut, um rasch wieder ins Geschäft zu kommen, und der es dann der Frau überläßt, sich zu langweilen oder nach ihrer Art zu amüsieren.“ Hoffentlich läßt sich die Miß in dem ungarischen Grafen nicht.

Nach der Hochzeitfeier begab sich das Brautpaar nach dem fashionablesten Wohnort New York, wo es eine Woche verweilen wird, um dann in den ersten Februartagen die Reise nach Ungarn anzutreten.

Wieder eine Morbidität in Berlin.

Montag abend wurde die 38 Jahre alte Witwe Anna Wiesner mit gelbemten Schadel in ihrer Wohnung (Gerichtstraße 8) tot aufgefunden. Es liegt ein Lustmord vor. — Das Verbrechen ist anscheinend mit einer kleinen Saustat verknüpft worden. In welcher Weise es ausgeführt wurde, ist bedauerlich noch der Aufklärung. Von den Nachbarn werden ist von dem ganzen Vorfall nicht das Geringste bemerkt worden; es muß daher angenommen werden, daß der Mörder sein Opfer überfallen und bevor es um Hilfe rufen konnte, gemordet hat. Auf dem Rücken des Leichnams wurde ein vier Seiten langer, mit Blut befeuchteter Liebesbrief vorgefunden. Das Schreiben war an die Ermordete gerichtet. Daß sich der Mörder bei der Begehung des Verbrechens mit Blut befleckt hat, geht auch aus dem

Umstände hervor, daß in der Küche ein Tuch vorgefunden wurde, an dem er sich die Blutflecke und die blutbespritzten Hände gereinigt hat. Nachdem er dies getan hatte, tauchte er das Handtuch in Wasser und schied dort einen Zettel folgenden Inhalts: „Ich bin vier Tage bereit wegen Todesfalls.“ Beide Schriftstücke wurden von der Polizei beschlagnahmt. Eine Polizeikommission erschien bald nach Entdeckung des Verbrechens, unter Führung des Chefs der Kriminalpolizei, Geheimrath Hoppe. Die Nachforschungen nach dem Täter haben ergeben, daß der Mörder vermutlich ein junger Arbeiter ist, der kurze Zeit bei der B. gewohnt hat. Vermuthlich ist er auch der Verfasser des vorgefundenen Liebesbriefes.

Der Sohn des Fürsten von Monaco als Kindesentführer.

Prinz Louis von Monaco, der Sohn des Fürsten Albert aus seiner ersten Ehe mit Lady Samilton, hat, wie man dem „P.“ aus Paris telegraphisch, dem „Matin“ zufolge sein Kind, das er aus einem langjährigen Verhältnis mit einer Madame Roulet besch, aus dem mütterlichen Heim entführt. Der Prinz gibt an, daß er das Kind, ein jähriges Mädchen, der Umgebung im Hause der Roulet entziehen wolle — das wäre seine väterliche Pflicht gewesen. Madame Roulet erzählt, daß der Prinz sich bereits vor sechs Jahren von ihr getrennt und den Verkehr nur noch ausreißend erhalten habe, um seine Tochter zu sehen. Er nahm das Kind eines Tages mit sich, um es zur Tanzstunde zu bringen, ließ es aber nicht mehr zur Mutter zurückkehren. — Das Recht ist nach Annahme Sachverständiger auf Seiten des Prinzen.

Aus dem Großherzogthum.

Der Nachdruck anderer mit Anmerkungen versehenen Originalberichte ist nur mit genauer Quellenangabe gestattet. Abweichungen und Berichtigungen letzter Veranlassung sind der Redaktion stets willkommen.

Oldenburg, 29. Januar.

* Militärische Personalien. Hofse. Leutnant im Offiz. Feld-Reg. Nr. 62 in Oldenburg, wurde zum Oberleutnant und der Jährlich Simon in demselben Regiment zum Leutnant befördert. Thorade. Lt. der Reg. im R. Schütz. Inf.-Reg. Nr. 105 König Wilhelm II. von Württemberg, ist zum Oberleutnant befördert worden. Der Thorade, früher Reg.-Assessor in Oldenburg, ist jetzt Regierungsrat in Alfeld. Dr. Schiff, Stabs- und Bataillonsarzt des 2. Bataillons Old. Inf.-Reg. Nr. 91, ist in gleicher Eigenschaft zum 2. Bataillon 3. Garde-Regiments zu Fuß versetzt. Dr. Sommer, Oberarzt beim 2. Hann. Inf.-Reg. Nr. 77, ist unter Beförderung zum Stabsarzt zum Bataillonsarzt des 2. Bat. Old. Inf.-Reg. Nr. 91 versetzt. Dr. Schöben, Oberarzt im Landwehrbezirk I Oldenburg, ist zum Stabsarzt der Meiere befördert worden.

Aus Anlaß des Geburtstages des Kaisers sind eine größere Anzahl Personalveränderungen in der Armee vorgenommen. Es ist vertriehen worden der Charakter als General der Kavallerie: v. Damitz, Generalleutnant und Remonte-Inspekteur, früher im Old. Trag.-Reg.; der Charakter als Generalleutnant: der Generalmajor v. d. Lippe, Kommandant von Königsberg (Pp.), einem Oldenburger, und Graf v. Haslingen, Kommandeur des Kavallerie-Korps in Berlin, vordem Kommandeur der 31. Inf.-Brig. und Garnisonchef von Oldenburg; v. Blumenthal, Oberst und Kommandeur der 34. Kav.-Brig. in Mek, früher im 19. Drag.-Reg., wurde zum Generalmajor, und Freiherr v. Gregor, Oberleutnant beim Stabe des 2. Kass. Inf.-Reg. in Mainz, v. Bobungen, Oberleutnant beim Stabe des 5. Westf. Inf.-Reg. Nr. 53 in Köln, beide früher im Old. Inf.-Reg. Nr. 91, wurden zu Obersten befördert. v. Heimburg, Oberleutnant und Kommandeur des Kavallerie-Hauses in Coeslin, ein Oldenburger, hat den Charakter als Oberst erhalten. v. Hippel, Major im großen Generalstabe, kommandiert zur Dienstleistung beim Generalstabe des 7. Armeekorps in Münster, vordem Chef der 1. Batterie hies. Art.-Btl., ist in diesen Generalstabe versetzt worden. v. Drecher, Hauptmann und Komp.-Chef im 5. Hb. Inf.-Reg. Nr. 65 in Köln, früher im 91. Inf.-Reg., ist zum überzähligen Major befördert worden und dem Regiment aggregiert. v. Zimmermann, Führer im 3. Garde-Feld-Artillerie-Reg. in Berlin, ein Sohn des Generals v. Zimmermann hiersebst, erhielt sein Patent zum Leutnant.

* Der Vortrag, den Oberstabsarzt a. D. Dr. Matthäus aus Roda über Ernährung hält, findet nach dem Vortrag in heutiger Nummer am Donnerstagsabend in der „Union“ statt, pünktlich 8½ Uhr beginnend. Für gute Erwärmung des Vortragstafels ist Sorge getragen.

* Die hiesige Armenkommission bittet alle Eltern, welche bereit sind, das von der letzten Weihnachtsbescherung ihrer Kinder noch vorhandene gebrauchte, aber noch reparaturfähige oder sonst unbrauchbare und entbehrliche Spielzeug der Armenkommission zur Verfügung zu stellen, eine kurze Mitteilung auf das Rathaus gelangen zu lassen. Das Spielzeug wird dann, ohne daß für den Geber weitere Umstände damit verknüpft sind, abgeholt und nach dem Armenhause gebracht, um dort in der Werkstatt soweit möglich in Stand gesetzt zu werden. Es soll dann bei der nächsten Weihnachtsbescherung für arme Kinder Verwendung finden.

* Schneefall. Nachdem in den letzten Tagen schon ein Frühlingshauch durch die Natur ging, hat über Nacht der Winter das Regiment wieder an sich gerissen und bei geringen Kältegraden Schnee in ziemlicher Menge gebracht, zur nicht gerade angenehmen Ueberflutung der Menschheit.

* Die Firma Geiger & Ehlers, welche heute abend den Liederabend der Leipziger Konzertfängerinnen Clara Gerhardt im Kasinoaal veranstaltet, legt Gewicht darauf, daß dem Publikum mitgeteilt wird, daß sie lediglich aus dem Grunde diese Veranstaltung getroffen hat, um Gelegenheit zu haben, ihre Instrumente einem kunstsinigen Publikum vorzuführen. Die Konzertbesucher werden nicht durch aufdringliche Geschäftsreflexe gestört werden. Wenn die Firma heute noch durch Klatsche bekannt gemacht hat, daß der gesamte Ertrag des Konzerts Wohltätigkeitsvereinen zur Verfügung gestellt wird, so muß dies voll anerkannt werden, um so mehr, da die Kosten, welche der Firma entfielen, ganz erhebliche (reichlich 700 M.) sind. Sängern, wie die Gerhardt, singen eben unter 500 M. pro Abend nicht. Geiger beweist die Firma ein starkes Seimatsgefühl, wenn sie sich in diesem Maße in den Dienst der Kunst und der Wohltätigkeit stellt. Möchte ein kunstsiniges Publikum nun auch durch rege Beteiligung beweisen, daß es Interesse für einheimische Be-

Der Wiederbeginn der Landtagsverhandlungen

nach den Weihnachtsferien drossig sich gestern in der vierstündigen letzten Sitzung dieser Session in aller Ruhe. Die verschiedenen *Gesellschaftlichen* (Betriebskassen, Bauvereine u. dgl.) hatten zwar, wie immer, eine ganze Reihe von Wünschen an den Tag, und es fehlte auch nicht an entscheidenden Verhandlungen zwischen der Regierung und den Abgeordneten, allein es herrschte doch eine im ganzen verlässliche Stimmung vor, die das Beste erhoffen läßt für den Fortschritt der Einigungsarbeit zwischen dem Landtag und dem Finanzminister, der ja zugleich auch Eisenbahnminister ist, in Sachen der 15prozentigen Steuerermäßigung. Abg. Tappenberg reichte bereits einen selbständigen Antrag dazu ein, ebenso der Vater der Steuerreform, Oberfinanzrat Meyer, als Regierungskommissar. Die Leser finden in der letzten unter „*Vom Landtage*“. Es ist uns aber recht fraglich, ob er die Billigung des Landtages findet, da sein finanzieller Effekt trotz einer ziemlich bedeutenden Entlastung der unteren Steuerstufen (bis 1800 M.) meistens hinter der Gesamtsumme von 15 Prozent zurückbleibt.

Einstimmig erklärte sich der Landtag für den selbstständigen Antrag M i i I e r, die B a r e l - W e l e r b a h n schon 1909 zu beginnen, statt 1910. Außer anderem wird eine Beschleunigung dieser Linie dringlich, damit die Welerhäfen Emden schneller konkurrenzfähig entgegentreffen können, das jeinen „Aktionsradius“, wenn man so sagen darf, immer weiter ins Oldenburger Land hinein erstreckt. Die Behandlung unserer Kanalfrage durch Emden hat uns für solche Wahrnehmungen empfindlich gemacht!

Durch das Wirren der Zahlen in der Vorlage, die die Angelegenheiten des Eisenbahnbetriebes zusammenfaßt, keuerte Abg. Weßels mit festerer Hand und gruppierte die Einnahmen so, daß auch der Rote, der sich wieder durch die Vorlage noch durch den Ausschußbericht hindurchfindet, einige Ergebnisse daraus mit nach Hause trägt. Erstaunliche Ergebnisse, das können wir mit Vergnügen feststellen. Die Einnahmen steigen erheblich, und die Verdrängung des Verhältnisses der Personen- zu den Gütereinnahmen zu Gunsten der letzteren bezeugen ganz unüberdeutlich den wirtschaftlichen Aufschwung in dem Bahngebietes. Die Gesamtsumme der Einnahmen ist für 1908 zu 15 400 000 *M.* veranschlagt, der Betriebsüberschuß auf 3 390 000 *M.* Der Aufwand schließt in Einnahme und Ausgabe mit $\frac{1}{2}$ Mill. Mark ab.

In der Kommission der Eisenbahnerverwaltung beteiligten sich die Abg. zu m. Dieb., Janje, Koch, Grabe, Müller, Bollmann, Schulz, Seitzmann, Wilken, Tansen und Thorade. Abg. zu m. Dieb. regte eine Veränderung in den Kompetenzen der Eisenbahndirektion an und in den Rechten der nichtstollenburglichen Eisenbahnsmitglieber. Minister Auhf r. a. antwortete, als für die Eisenbahnenverwaltung Abg. zu m. Dieb. die schlechtesten Verbindungen, Weiterführungen, des Dolt und den mangelhaften Zustand einiger Bahneinrichtungen in Weiterführe, und auch nach dreimaliger Anfrage die Genehmigung

Kleines Feuilleton.
Wissenschaft, Literatur und Leben.

Der Pharao der Bibel.

Im letzte Sommer wurde die im Jahre 1898 auf gefundene Mumie des Sohnes und Nachfolgers des großen Ramfess ausgewickelt. Jetzt hatte sie bei Theben im Grabe des Amenhotep II. gefunden, und bald gelang es der Forchung, diese Paraoenneumie mit den irdischen Resten des biblischen Pharao Menephtah zu identifizieren, des Beherrschers Aegyptens, bei dem Moses nach langem Kampfe die Freilassung des gedrückten israelitischen Volkes durchsetzte. Im „Strand Magazine“ berichtet David M. Beddoe jetzt über die Unteruchung der Mumie. Auf einen Tisch hatten die Gelehrten die längliche, in braune Leinen gefüllte Gestalt gelegt. Durch nichts unterschied sie sich von den Mumien anderer Bürger, kein Pomp, keine Pracht, nur ein kleiner Zettel am Kopfe des Kaffens verriet, daß es die Reste Menephtahs, des Königs des oberen und unteren Aegyptens, waren. Mit großer Beifamkeit begann man die entloften Innentheile abzulösen, dann, als man zur Brust kam, gab es eine Ueberbaldung: „Er ist ausgeplündert!“ Auf der Brust, von den gestrichelten Fingern ausgehend, waren noch die Spuren sichtbar von dem goldenen Szepter, das jeden Pharaonen ins Grab begleitete. Zurettelnd Jahre, vielleicht noch mehr mögen darüber hingegangen sein, daß halbtierge Hände den Pharao in seiner Asche lösten und seines kostbaren Schmuckes beraubten, aber noch sammelten sich die langen, dünnen Finger zusammen, als fielen sie noch die Zeichen der Herrschaft. Es war deutlich zu beobachten, der Diebstahl war sehr haltig vor sich gegangen, die Vorderarme waren verletzt und zeigten die Spuren der scharfen Infrumente, mit denen die Plünderer die untere Umschlingung durchgeschnitten hatten. Aber sie hatten trotzdem eine glänzende Arbeit gemacht, denn i sah ein einziges Schmuckstück war zurückgeblieben. Die Spannung hatte man des Augenblicks, wo die Gesichtszüge des Mannes freigelegt ein würden, der die Kinder Israel aus dem Frondeiegele entließ. Endlich sah man einen länglich gewölbten, großen Schädel, eine kühn gebogene Nasenbrücke, ein langes, faherigkinniges Kinn, die Lippen schmal und voll Energie. Nur die Augen, deren Schimmer bisweilen vielleicht den Ausdruck harter Entschlossenheit im Gesicht gebühnt haben mochte, fehlten, um das Bild vollständig zu machen. Ein korpulenter, alter Mann, fast klein von Statur, war es, mit dem Moses zu rechten hatte. Seine Zähne mußte er schon frühzeitig hervor, nur am Oberkiefer ragte noch ein einziger hervor. Seine letzten Lebensjahre mögen nicht in ruheträubem Glüd verfloßen sein, die Haut hängt los

einer aussichtsreichen Antwort vom Regierungstisch. Abg. Müller sprach sich sehr pessimistisch über die Wirkungen der Tarifreform in Oldenburg aus und forderte mit Nachdruck die Abschaffung der durchaus sehr unpopulären Schmellgaszuschläge für unsere meist wenig geldnuzmöglichen Züge. Abg. Sollmann traf nach unseren Erfahrungen den Nagel auf den Kopf, wenn er die mangelhafte Heizung der Nebenbahnen rügte. Abg. Schulz und Heitmann verlangen allerhand Verbesserungen für die 4. Klasse, mit deren Einführung die Vertreter der Sozialdemokratie sich noch immer nicht einverstanden erklären. Aber der Protest hat doch nur theoretische oder vielmehr demonstrative Bedeutung. Wir glauben keineswegs, daß diese Zähler in besagter Anordnung viele der Äbtrigen auf ihrer Seite haben. Die Billigkeit der Fahrt geht den meisten über die Hochhaltung eines Parteiprinzips. Abg. Tanne erlangte von der Eisenbahndirektion die Zusage einer Besserung der Ladeverhältnisse auf dem Nordenhamer Bahnhof.

Das ging alles friedlich ab. Schäfer stießen die Meinungen auseinander, als die Abg. Koch und Grape der Eisenbahnbehörde die unhaltbaren Zustände auf dem Delmenhorster Bahnhof mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit und Ausführlichkeit vorhielten. Abg. Koch brachte so viel und so schlagendes Beweismaterial vor, daß er seine bitteren Klagen damit in aller Augen völlig begründete. Delmenhorst, die zweite Stadt des Landes, die im Verlehe die dritte Stelle einnimmt, hat danach ganz unzulängliche Bahneinrichtungen, die seiner wirtschaftlichen Bedeutung als industrielle „Gegenwartsecke“ (her „Zukunftsecke“ an der Weser gegenüber!) durchaus nicht entsprechen. Was aber noch weit schlimmer ist: Der Bürgermeister von Delmenhorst wies mit erster Mahnung schon darauf hin — und Abg. Grape stimmte ihm zu — daß die Regierung nicht schon lange einen großzügigen Zukunftsplan für die Gestaltung der Delmenhorster Eisenbahn-Verhältnisse aufgestellt habe. Jetzt sei der Grunderwerb schon mit großen Kosten verbunden, und die würden sich noch immer mehr steigern. Abg. Grape bestätigte es: Rechtzeitig hätte man dort Land ankaufen müssen; die Eisenbahnverwaltung habe der Staatskasse großen Schaden zugefügt durch ihre Säumnigkeit. Abg. Koch erwidert den Hauptgrund dieser Vernachlässigung Delmenhorsts in dem Umfande, daß die Beamten der oberen Behörden (Eisenbahn- und Finanz-) nicht genug im Lande herumkommen, sondern zu viel in der Residenz hocken. Sie haben kein Interesse für die Orte des Landes und ihre Bedürfnisse und drängen sich stets in die Hauptstadt.

Der Regierung wurde es nicht leicht, diese scharfe Kritik mit Anstand zu befehen. Der Minister überließ es in der Hauptsache dem Präsidenten Craxel, darauf zu antworten, der in seiner konsilanten Weise Punkt für Punkt durchnahm und allerhand Erklärungen gab, ohne jedoch recht voll überzeugend zu wirken. Es bleibt auch nach den Ausführungen des Präsidenten die Frage offen: Hat sich die Regierung in Delmenhorst zur rechten Zeit vorgefunden? Wir fürchten:

schaff um den Körper, als ob er von einer verderblichen Krankheit heimgesucht worden sei. Die Arieren sind verfallen, und die jehudischen Jähne werden ihn, ausgehen von den Leiden seiner Krankheit, von den Freuden der Tafel ausgeschloffen haben. Wem weiß man von der Jugend dieses Mannes. Als er, der drohende von den 111 Söhnen Mannes des Großen, der Thron bestieg, war er ein alternder Mann von wenigstens 60 Jahren, und außer einer kleinen Expedition nach Syrien findet man in den ersten Jahren seiner Herrschaft keine kriegerischen Grogipaten. Er war nicht mehr Jugend genug, um kühne Eroberungen zu versuchen, und sein Ereignis, wenn er die ehrgierig geworden, mag mit seiner Jugend geschehen sein. Er begnügte sich mit der Erziehung großer Sauten, und vermied es, Daten zu begeben, deren Vollendung er voraussichtlich nicht mehr erleben können. Werthwüirdig bleibt es, daß der Auszug der Israeliten, der sich Negativen von großen Folgen gewesen sein muß, kaum in den Chroniken der Zeit erwähnt ist. Bis heute kennt man nur eine kurze Erwähnung, die von Petrie 1896 erläutert und die an der Stätte des Amenophium in Theben gefunden wurde, worin Menaphath in seinem Siegesbericht sagt: „Die Israeliten sind vernichtet und haben keine Nachkommenschaft mehr.“ Ueber den Tod Menaphaths fehlt jede genauere Nachricht, aber daß sein Ende ein anderes gewesen ist, als ihm allgemein zugeschrieben wird, muß als sicher gelten. Es gibt keine Nachricht, nach der er ertrunken wäre, noch überhaupt ist die Erwähnung eines Pharaos, der auf solche Weise sein Ende gefunden, und die Tatsache, daß seine Mumie jetzt aufgefunden worden ist, schließt die Erörterung dieser Theorie aus. Im zweiten Buch Mose 15, 5 heißt auch mir: „Die Wagen Pharaos und seine Macht warf er ins Meer; seine außerwähltesten Hauptleute versanken im Schilfmeer.“ Der Pharaos selbst wird nicht erwähnt, und es ist nicht anzunehmen, daß man vergessen haben könnte, eine solche wichtige Tatsache aufzuzeichnen. Im Koran dagegen, im Kapitel Jonas, wird Pharaos Tod in den Wellen erwähnt und dem Ertrinkenden die Worte in den Mund gelegt: „Ich glaube, daß es keinen Gott gibt als den, an den die Kinder Israel glauben.“ Eine alte moslemitische Tradition erzählt auch, wie Gabriel auf Gottes Befehl den Leichnam des Ertrunkenen in seiner goldenen Hülle auf die Oberfläche des Wassers kommen ließ, damit alle ihn sehen könnten. Mit der Auffindung der Mumie freilich verlieren diese Legenden ihren realen Kern.

Bei den „Teufelsanbetern“. Der englische Arzt Dr. A. Sume Griffith, der mit seiner Frau mehrere Jahre lang unter den Bewohnern Mesopotamiens seinen Beruf ausgeübt hat und von Mosul, das dem alten Niniveh gegenüber liegt

Nein! Die Eisenbahn schnitt in diesem Jahre nicht so gut ab, wie früher meistens.

Der Rat mög! uns, die folgenden Punkte nur zu streifen. Sehr warm wurden die Winterkulturdirektionen, sowohl von verschiedenen Abgeordneten als auch von Regierungvertretern, in Schutz genommen gegen ihre augenblickliche Verunglimpfung im Bericht des Finanzausschusses über ihre Gehaltsvorlage, und es gelang Abg. Feldbus nicht, die schlechte Behandlung der verdienten Männer hinwegzudisputieren. Mit den Erklärungen des Regierungvertreters zu der Petition der Handwerkerkammer in Sachen der Hufeisengäßchen-Prüfung war Abg. Welsch, der Wortführer für die Kammer, nicht sehr zufrieden. Wenn auch fastlich vielleicht nicht viel zu der Beordnung gesagt werden kann — bis auf eine Forderung werden die Wünsche der Kammer erfüllt — so erregt doch die lange Verzögerung der Beantwortung ihrer Eingaben starkes Befremden. Längere Zeit unterließ sich der Landtag auch über die Petition des Viehhändlers Levy in Jever, der sich beklagt, nicht in den Jeverischen Seeräuberzverein aufgenommen zu sein. Der Landtag schien wohl der Meinung zu sein, daß Jüchter und Händler nicht unter einen Hut zu bringen seien, aber er verlangte doch von der Regierung eine Prüfung darüber, ob bei der Nichtaufnahme konfessionelle oder politische Gründe mitgewirkt haben, wozu natürlich scharf Front zu machen sei.

Nach 2 Uhr brach man die Tagesordnung ab und verschob den Rest auf die nächste, zeitlich noch unbestimmte Sitzung.

17 Gemeinden des Fürstentums Lübeck wenden sich in einer Petition an den Landtag dagegen, daß durch die neue Gemeindevorbereitung (Vorlage 44) die Gemeinde Cuxin aus der Gesamtgemeinde (Kommunalverband) des Fürstentums ausgeschlossen wird, wie Bürgermeister Mahstedt und Abg. v. Bock-Cutin beklunden. Von 15 Provinzialratsmitgliedern haben 13 auch gegen diese Vorordnung gestimmt. Die Gründe, die für die Errichtung der Gesamtgemeinde sprechen, treffen auch auf Cuxin zu.

9 Gemeinden des Fürstentums Lübeck petitionieren, ebenso wie Gussau und Ahrensbö, um Bildung zweier Landtagswahlkreise im Fürstentum Lübeck.

Abg. Böß-Eutin, unterstützt von den Abgg. Böß-Pansdorf, Schwarting, Tews, Zeidler, Müller, Koch, vom Died, Weiffels, beantragt die Einführung der direkten Wahl für die Provinzialräthe.

80 Landwirthe der Gemeinde Hasbergen u. a., vertreten durch Köhler-Sprump, v. Seggern-Hedenkamp, Schumacher und G. Fündt, petitioniren gegen die Annahme des Berggesetzes und um Wahrung der Rechte der Grundbesitzer.

In Vorlage 59 beantragt die Regierung, der Landtag

weit durch die umliegenden Länder herumgekommen ist, berichtet von einer merkwürdigen Secte, die die Berge in der Umgegend von Mosul besohnt. Es handelt sich um die Zeizidis oder Teufelsanbeter, bei deren Secte eine Wodde zugebracht hat. Der Stamm zählt etwa 20 000 Köpfe. Die Leute wohnen auf Felsenhöhlen und sind geschworene Feinde der Türken, die ihnen wegen der Unzugänglichkeit ihrer Wohnungen nichts anhaben können. Ueber ihre Religion breiten sie den Schleier des Geheimnisses, und sie wollen nicht abgeben, daß sie den Teufel anbeten; aber es liegt genügend Beweise für diese Annahme vorhanden. Ihre Priester sind ganz in Weiß gekleidet und führen immer einen Amstabs mit sich, auf dessen oberem Ende ein Kruze aus Erz sitzt. Am Eingang ihres Haupttempels ist eine Schlange abgebildet, die ständig mit Koth schwarz gehalten wird und der alle die höchste Verehrung darbringen. Jeder Anhänger des Kultes führt diese Schlange, bevor er den Tempel betritt. Die religiösen Riten, in denen der Hypnotismus eine Rolle spielt, werden sehr geheim gehalten und nur in der Zeit zwischen Sonnenuntergang und Sonnenaufgang ausgeübt. Vor einiger Zeit bemächtigten sich die Türken des Heiligtums der Zeizidis und verjagten sie zur mohammedanischen Lehre zu bekehren; da sie damit jedoch keinen Erfolg hatten, gaben sie den Zeizidis ihr Heiligtum zurück. Die Teufelsanbeter haben eine große Scheu davor, in die Städte hernieder zu steigen, obwohl sie öfter zu dem englischen Arzt kamen, um sich von ihm behandeln zu lassen.

Im den 21 Universitäten des Deutschen Reiches studieren im laufenden Wintersemester 52 124 Personen, von denen 46 471 immatrikuliert, 5553 als Hörer zugelassen sind. Die Zahl der immatrikulierten Studierenden ist gegen das vorhergehende Sommersemester um 148 zurückgegangen gegen das letzte Wintersemester um 1395 gestiegen. Unter den immatrikulierten Studierenden befinden sich 320 Damen; sie können sich jetzt nur an den Universitäten München, Heidelberg, Freiburg, Leipzig, Jena, Tübingen, Würzburg und Erlangen immatrikuliert werden. 11 916 studieren Philosophie, 9504 Naturwissenschaften, 11 916 Rechtswissenschaften, 7768 Medizin, 6186 Mathematik oder Naturwissenschaften, 1995 Kameralwissenschaften, 1574 Pharmazie, 926 Zahnheilkunde, 2228 evangelische, 1709 katholische Theologie, 132 Fortbewissenschaften und 115 Tierheilkunde in Gießen. — An der Spitze der Universitäten steht Berlin mit 8220 Studierenden, München kommt mit 5943 an zweiter, Leipzig mit 4341 an dritter, Bonn mit 3209 an vierter Stelle. Es folgen Halle und Breslau mit über 2000 Studierenden, Göttingen, Freiburg, Straßburg, Heidelberg, Marburg, Münster und Tübingen mit über 1500 Studierenden, Würzburg, Jena, Gießen, Königsberg, Erlangen und Kiel mit über 1000 Studierenden und Greifswald und Rostock mit weniger als 1000 Studierenden.

wolle sich damit einverstanden erklären, daß in der Verpachtung des Landesfiskusfonds bis zu drei der älteren Hilfsarbeiter (Kassendirektor usw.) mit einem Gehalt von 1670 bis 2970 Mark und mit Zulagen von je 150 Mark in zweijährigen Fristen angestellt werden, auf welche im übrigen das Gesetz für das Großherzogtum vom 29. Jan. 1907, betr. das Gehaltsregulativ für den Zivildienst, Anwendung findet.

Zum Steuerlaß von 15 Prozent

bringt Oberfinanzrat Meyer als Regierungskommissar folgenden Antrag zur 2. Lesung des Voranschlags ein: Der Landtag wolle statt der in erster Lesung beschlossenen a) Erhebung von 85 Prozent der Einkommensteuer und Vermögenssteuer, und demgemäß b) Einstellung von 2 125 000 Mark zu § 28 und von 765 000 Mark zu § 29 folgendes beschließen:

1. Den Steuerpflichtigen der unteren Stufen wird für 1908 ein Erlaß an Einkommensteuer bewilligt, und zwar in der Höhe von 50 Prozent für die Steuerstufen 1—4 einschl. (— 600 Mark), von 40 Prozent für die Steuerstufen 5—8 einschl. (— 800 Mark), von 30 Prozent für die Steuerstufen 9—11 einschl. (— 1000 Mark), von 20 Prozent für die Steuerstufen 12—16 einschl. (— 1500 Mark), von 10 Prozent für die Steuerstufen 17 und 18 (— 18 000 Mark).

2. Es wird demgemäß zu § 28 die Summe von 2 500 000 Mark — 225 000 Mark, gleich 2 275 000 Mark, eingestellt.

3. Zu § 29 wird die Summe der vollen Vermögenssteuer mit 900 000 Mark eingestellt.

(Das wären, trotz der Ermäßigung, doch noch immer 150 000 Mark Einkommensteuer und 135 000 Mark Vermögenssteuer mehr, als der Landtag in erster Lesung zu heben beschloß.)

Neueste Fortschritte im realistischen Schulwesen.

Von H. Reumüller-Oldenburg.

II.

Daß nunmehr nach dem Vorgange Preußens diejenigen deutschen Staaten, die in seine Einflusssphäre fallen, und dazu gehören besonders die kleineren des Nordens, ihr ganzes Schulwesen nach dem des großen Nordens allmählich umgestalten gezwungen sind, liegt auf der Hand, und zum Teil ist dies schon geschehen. Wenn auch widerstreben, haben sie sich vielfach schon deshalb gefügt, weil sie im Erlaß ihrer Beamtengehälter (Lehrer einbezogen) unter den heutigen Verhältnissen von Preußen nicht unabhängig sind, umso mehr, da dieses, falls ihm Gegenseitigkeit nicht zugesichert wird, sich weitert, Angehörige anderer Bundesstaaten zu den Prüfungen für den höheren Staatsdienst zuzulassen, ja selbst ihnen seine Fakultäten zu öffnen. So haben wohl fast alle Kleinstaaten, sowie auch Elsas-Vorländer die Berechtigungen ihrer Realgymnasialabsolventen nach preussischem Muster wenigstens auf das Studium der philosophischen Fakultät ausgedehnt, wenn auch wenige sich bislang entschließen konnten, ihnen die juristische Fakultät zugänglich zu machen. Nur um die vorstehenden Berechtigungen handelt es sich nämlich für die Einzelstaaten, da die Gewährleistung aller übrigen, soweit sie neu sind, der Kompetenz des Reichs und des Bundesrats untersteht, die darüber in preussischer Sache verfaßt haben. Was Oldenburg angeht, so hat es sich Preußen jetzt voll angeeignet, nachdem die Regierung auf Drängen des Landtages, nachdem die juristischen Fakultäten von ihrer ablehnenden Haltung zurückgekommen war. Im Gesetz, betr. die juristischen Prüfungen und die Vorbereitung für den Justiz- und Verwaltungsdienst vom 28. Dez. 1906, heißt es demgemäß: „Wer zur ersten Prüfung zugelassen werden will, muß die Reifeprüfung auf einem deutschen Gymnasium oder Realgymnasium oder einer deutschen Oberrealschule bestanden haben.“ Vor Annahme dieses Gesetzes war es einem geborenen Oldenburger, selbst wenn er Abiturient eines preussischen Realgymnasiums oder einer preussischen Oberrealschule war, nicht möglich, in einer juristischen Fakultät Preußens immatrikuliert zu werden, falls er nicht auf seine Staatsangehörigkeit verzichtete und wollte oder konnte. Dieser Zustand war auf die Dauer in unserem Lande unhaltbar, und es ist wohl sicher, daß auch bald in den meisten anderen Bundesstaaten das Bedürfnis sich geltend machen wird, Preußens Beispiel zu folgen.

Sehr interessant ist es, die Wirkung der Umwälzung im Schulwesen auf die äußere Entwicklung der Realanstalten festzustellen. Genaue vergleichende Zahlen aus der Zeit vor und nach dem 26. November 1900 sind uns lediglich für Preußen zur Hand. Vorauszusetzen war, daß nach 1900 alle Realanstalten, sobald der Druck der Berechtigungsmonopols der Gymnasien aufgehört hatte, an Zahl und Schülerbestand, die neuerrichteten unter ihnen aber auch was Besuch der oberen Klassen und Abiturientenzahl angeht, einen bedeutenden Aufschwung nehmen würden. Das alles sollte fast über Erwarten eintreten.

Die Realgymnasien zunächst, die nach der Dekretkonferenz von 1890 hatte unterdrücken wollen, da man sie bei ihrem Anspruch auf Gleichberechtigung als zu scharfe Nebenbuhler der Gymnasien empfand, raffen sich alsbald wieder auf und brachten ihre alte Führerrolle unter den realistischen Anstalten von neuem zur Geltung. Sie hatten eine zehnjährige schwere Prüfungszeit hinter sich. Freilich waren sie erhalten geblieben infolge der starken Proteste der Städte gegen ihre Aufhebung oder Umwandlung, aber sie hatten mit den seit 1890 mit fast gleichen Berechtigungen ausgestatteten Oberrealschulen in Wettbewerb treten müssen, und ihre Zahl war von 1890—1900 von 87 auf 76 zurückgegangen, die der Realprogymnasien sogar von 86 auf 21. Den letzteren hatte man fast überall die seit 1890 fast gleichberechtigte Realschule vorgezogen, die gewiß auch in den meisten Fällen den Bedürfnissen der Bevölkerung besser entsprach. Von 1900—1905 ist nun die Zahl der Realgymnasien wieder gestiegen, und zwar von 76 auf 103, und die der Realprogymnasien von 21 auf 86.

In erfreulicher und immer mehr wachsende Aufnahme ist die jüngste der neuerrichteten Anstalten, die Oberrealschule, gekommen. 1880 gab es in Preußen nur 3 Oberrealschulen oder Oberrealschulen, wie sie damals hießen, mit der Berechtigung zum Staatsbau- und Maschinenbau, 1882 kamen sie nach den Vorstößen Reformen ihren heutigen Na-

men und einen bindenden Lehrplan, aber 1886 verloren sie wieder die einzige wertvolle Berechtigung, die sie besaßen, und nach kurzer Zeit des Aufblühens gab es infolge dieses Verlustes ihrer nur noch neun. Diese Zahl stieg dann bis 1900 infolge der ihnen auf der Dekretkonferenz 1890 zugeteilten Berechtigungen auf 37 und bis 1905 nach der Konferenz 1900 auf 55. In dem außerpreussischen Deutschland gab es im Jahre 1902 noch außerdem 27 Oberrealschulen. Eine der ältesten Deutschlands ist unsere städtische Oberrealschule, die Ostern 1882, soweit es sich um die Folge der Klassenstufen handelt, ausgebaut war und Ostern 1883 ihre ersten drei Abiturienten entließ. Damit fand sie ihren tatsächlichen Abschluß, wenn sie ihren heutigen Namen auch erst seit 1885 führt.

Was für die Zukunft der Oberrealschule spricht, ist die große Anzahl der sechsstufigen Realschulen, die in den letzten Jahrzehnten überall entstanden sind. Es gab deren im Jahre 1902 im ganzen Deutschland schon 314, darunter 144 in Preußen, das, wenn es damals trotz der großen Fürsorge, die es seit 1890 seinem Realschulwesen gewidmet hatte, mit dieser Zahl noch im Rückstande erschien, seitdem in vielen Schritten fortgeschritten hat, das Verfügen vollends nachzuholen. Diese ihre neueste Förderung verbannt die preussische sechsstufige Realschule aber der eigenen Initiative des Kaisers, von dem auf der Dekretkonferenz 1890 das für sie ersöhnende Wort gesprochen worden war. Gleich in dem folgenden Jahrzehnt (1890—1900) stieg denn auch ihre Zahl, die 1870 nur 13 betrug, von 53 auf 138, zum Teil allerdings infolge des Eingangs vieler Realprogymnasien, dann von 1900—1905 weiter auf 168, und in den letzten zwei Jahren hat sie sich abermals um ein Erhebliches vermehrt. Gleichzeitig haben die übrigen Bundesstaaten ihrerseits sich wiederum bemüht, es Preußen gleichzutun. So entwickelt sich auch im Großherzogtum Oldenburg das Realschulwesen in letzter Zeit in getragener Weise. An die Seite der Oberrealschule in Oldenburg und der Realschule in Osterstein-Oldenburg ist seit einigen Jahren die Realschule in Delmenhorst getreten. In der Entwicklung zu Realschulen begriffen sind die Bürger- und Bürgerschulen in Varel und Brake, und wohl nicht mehr lange wird es bahren, und es wird eine zweite Realschule in der Stadt Oldenburg nötig werden. Ferner stehen in Nordendham-Mens und Heppens Neugründungen bevor.

Dem Aufschwunge, den die Zahl der realistischen Lehranstalten in Preußen genommen hat, entspricht auch die Zunahme ihrer Gesamtschülerzahl, sowie die der Primaner und der Abiturienten der Realanstalten. Wie günstig sich die Verhältnisse von 1900—1905 entwickelt haben, geht aus der folgenden Aufstellung hervor:

	Anstalten	Schülerzahl	Primaner	Abiturienten.
1900	Rg.	76	21 186	1762
	Rpg.	21	1850	709
	O.-Rsch.	37	14 967	806
	Msch.	138	30 062	315
1905	Zus.	272	68 065	2568
	Rg.	103	29 261	2295
	Rpg.	86	3765	970
	O.-Rsch.	55	23 633	1555
	Msch.	168	38 498	639
	Zus.	362	95 157	3850

Verhältnismäßig nicht so günstig ist, wie leicht erklärlich, der Aufschwung der humanistischen Anstalten in den Jahren von 1900 bis 1905. Die Realanstalten nahmen zu von 295 auf 327, die Progymnasien dagegen ab von 57 auf 38. In demselben Zeitraum stieg die Schülerzahl der Gymnasien von 93 655 auf 100 107, während die der Progymnasien zurückging von 5210 auf 4631. Die Zahl der Primaner und der Abiturienten der Realanstalten belief sich 1905 auf 12 870 bezw. 5449 gegen 11 151 bezw. 4646 im Jahre 1900.

Von diesen Zahlen macht besonders Eindruck der hohe Bestand an Realanstalten, Primanern und Abiturienten. Die realistischen Anstalten sind in dieser Beziehung allerdings noch sehr im Nachteil, aber es ist wohl zu beachten, daß, wie wir gesehen haben, die Wirkung der großen Berechtigungsreform seit 1900, obwohl sie kaum Zeit hatte, sich zu äußern, eine den Realanstalten ungemein günstige Tendenz aufweist, die nach den jüngsten statistischen Erhebungen wiederum eine bedeutende Steigerung erfahren hat. Wenn daher nicht alle Anzeichen trügen, so steht bestimmt zu erwarten, daß nach solchen Erfolgen und in Anbetracht der ausgesprochenen Forderungen unserer Zeit, die auf eine größere Verallgemeinerung des realistischen Wissens aus im Rahmen der höheren Bildung dringt, der Vorwuchs, den die humanistischen Anstalten noch heute in oben angegebener Richtung vor den realistischen haben, in nicht gar zu ferner Zeit weit gemacht sein wird. Die Gesamtschülerzahl der höheren Realanstalten verteilt sich ohne Zweifel schon jetzt, wenn auch noch nicht in Preußen, so doch im Reich, ziemlich gleichmäßig auf die humanistischen und realistischen Anstalten (1902: 153 680 gegen 148 207). Ein Zurück für die Realanstalten dürfte es überall nicht mehr geben, da bei den vielen neuen und großen nationalen und kulturellen Aufgaben, die unser harren, und den immer höher gestiegenen wirtschaftlichen und technischen Bedürfnissen unseres Volkes die Differenzierung der Bildungswege dauernd geboten erscheint. Dabei bleibt es selbstverständlich, daß auch die Realanstalten niemals aufhören dürfen, der Pflege der wohlverstandenen humanistischen Bildung einen breiten Raum zu belassen.

(Fortsetzung folgt.)

Sitzungen des Vereins zur Förderung der Oldenb. Landesperdeezucht.

Vom Vorstand dieses Vereins waren auf gestern nach dem Neuen Hause hier selbst die allgemeine Mitgliedsversammlung und Gesamtvorstandssitzung einberufen. Beide Versammlungen, die von dem stellvertretenden Vorsitzenden, Eggelsen v. Frydag, geleitet wurden, waren gut besucht. Vom Oldenburger Rennverein nahmen die Herren Leutnants Graf v. Bothmer und Graf v. Hesel von Gymnich an den Versammlungen teil. In der Generalversammlung, eröffnet um 4 Uhr nachm., fanden zunächst die Rechnungsablage und Bericht der Revisionskommission ihre Erledigung. Die Einnahmen haben im Jahre 1907 betragen: 19 194 M. und die Ausgaben 14 042 M., so daß ein Ueberschuß von 5152 M. verblieben ist. Die Revisionskommission berichtete, daß die Rechnungen zu Bemerkungen keinen Anlaß gegeben haben.

Der 2. Punkt betraf die Erstattung des Jahresberichtes. Aus diesem sei folgendes hervorgehoben: dem Verein sind im verfloßenen Jahre 112 neue Mitglieder beigetreten; ausgetreten 16. Die Gesamtzahl der Mitglieder beträgt 498. Der Gesamtvorstand hat sich im verfloßenen Jahre dreimal versammelt. Dem Verein sind an Subventionen 2000 M. überwiesen, und zwar 1000 M. vom Großherzoglichen Staatsministerium und 1000 M. von der landwirtschaftlichen Kommission für Trabrennen in Berlin. Der Kassator erbrachte eine Kasseinnahme von 1124 M. An Ehrenpreisen standen 1907 neun zur Verfügung.

Es folgte dann die Wahl der Jahresmitglieder für den Gesamtvorstand. Hierzu wurden durch Zuzuf einmündig wiedergewählt: Generalsekretär Dr. Geerckens-Oldenburg, Landes-Oberleiter Dr. Grebe-Oldenburg, Rentner Hr. Almers-Oldenburg, Gutsherr Spielers-Sundmühlen, Joh. Miesbieter-Blergerlande, G. A. Gerdes-Strohaufen, H. Gergens-Kanzenbühl, Jacobus Müller-Enno-Ludwig-Groben, Hr. Müller-Minnenhof, G. von Münster-Stollmann, S. Detjen-Thien-Borgflebe und G. Köllfen-Santebred.

Punkt 4 betraf die Beratung über die Rennen im Jahre 1908: beschloßen wurde, als geeignete Tage hierfür den 23. und 24. Mai beim Gesamtvorstand in Vordlag zu bringen. Geschäftliches (Punkt 5) lag nicht vor. Die Mitgliederversammlung wurde darauf geschlossen und trat der Gesamtvorstand

zu einer Sitzung zusammen. Hierfür lautete der 1. Punkt der Tagesordnung: Wahl des geschäftsführenden Vorstandes, als: Vorsitzender, stellvert. Vorsitzender, Schriftführer und Kassensführer. Es sind gewählt: An Stelle des bisherigen Vorsitzenden, Geh. Oekonomenrat Frund, der beabsichtigt sein Amt niederlegte, wurde der bisherige stellvert. Vorsitzende, Eggelsen v. Frydag, und als stellvert. Vorsitzender Gutsherr Guit. Sullmann-Eghorn gewählt. Die Wahl dieser beiden Herren erfolgte durch Zettelung, und zwar einstimmig. Als Schriftführer wurde Generalsekretär Dr. Geerckens und als Kassensführer (Schatzmeister) Ad. Runge durch Zuzuf einmündig wiedergewählt. Hiernach wurden die von der Mitglieder-Versammlung in Vordlag gebrachten 12 Jahresmitglieder sämtlich, wie oben angegeben, in den Gesamtvorstand gewählt.

Es folgte dann die Wahl der Ausschüsse (Finanz-, Revisions- und Bahn-Ausschuss); gewählt wurden durch Zuzuf: a) in den Finanz-Ausschuss: Oberlandmeister von Wendschtern, Aug. Santen-Ohmtebe und Joh. Sullmann-Wahnbeck; b) in den Revisions-Ausschuss: Spielers-Sundmühlen und H. Almers-Oldenburg; c) in den Bahn-Ausschuss: Oberlandmeister von Wendschtern, Aug. Santen-Ohmtebe und Guit. Sullmann-Eghorn. Als 4. Punkt wurde der Voranschlag für das Jahr 1908 durchgesehen und in Einnahme und Ausgabe mit rund 21 000 Mark festgestellt. Zu Punkt 5: Berichtsprüfung über die Rennen im Jahre 1908. Als Tage für das Frühjahrssennen wurden, wie von der Mitgliederversammlung vorgeschlagen, der 23. und 24. Mai (Sonntag und Sonntag) bestimmt. Ueber die eventl. Abhaltung eines Herbstrennens wird in der nächsten Vorstandssitzung beraten werden. Nach Erledigung von einigen geschäftlichen Angelegenheiten schloß die Sitzung der Vorsitzende, Eggelsen v. Frydag, die Versammlung mit dem Wunsch, daß die Beratungen dem Verein besten Erfolg bringen mögen.

Versammlung der Hengstbesitzer.

Die Besitzer von Hengsten, die zur diesjährigen Körung Tiere entsandt haben, waren auf gestern abend 6 Uhr vom Vorstand des Vereins der Hengstbesitzer zu einer Versammlung nach der „Union“ geladen, um jenes Entgegennehmen eines Berichtes des Vorstandes über die erledigten Vorarbeiten für die diesjährige Körung und Vorbringung etwaiger Wünsche und Anträge für die Körung 1909.

Die recht gut besuchte Versammlung, die um 6 Uhr vom Vorsitzenden des Vereins der Oldenb. Hengstbesitzer, Herrn H. Gergens-Kanzenbühl, eröffnet wurde, nahm mit Interesse von dem Bericht des Vorstandes über die erledigten Vorarbeiten für die diesjährige Körung Kenntnis. Da in dem Bericht mehrere interne Sachen zur Sprache kamen, wird von einer ausführlichen Wiedergabe Abstand genommen, hervorzuheben soll aber werden, daß die von den Hengstbesitzern zu den Messen usw. Kosten freiwillig aufgetragenen Beträge in diesem Jahre längst nicht reichen zur Deckung der entstehenden Ausgaben. Von über 130 Besitzern, welche zur Körung Hengste entsandt, haben ca. 50 bis heute nichts zu diesen Kosten gezahlt; wenn auch zu erwarten stünde, daß den recht erheblichen Kosten noch nachträglich Gelder beigetragen würden, so wäre es doch sehr fraglich, ob trotz der gewährten Zuschüsse in diesem Jahre von Landwirtschafskammer und Züchterverband alle Kosten gedeckt werden könnten, es sei daher erforderlich, vom nächsten Jahre an einen anderen Beitragsmodus in Erwägung zu ziehen. Als solcher wurde nach längerer Beratung in Vordlag gebracht, von dem Besitzer eines jeden zur Anmeldung gelangenden Hengstes einen Beitrag von mindestens 3 M. zur Deckung der entstehenden Kosten zu erbitten; man hielt diesen Weg für umso richtiger, als im benachbarten Ostfriesland schon seit Jahren für jeden zur Anmeldung gelangenden Hengst eine fogen. Anmeldeböhr von 3 M. erhoben wird. Dort lie die Angelegenheit bereits durch Regierungsbekanntmachung geregelt; ob dies auch für Oldenburg erreicht werden könne, lie vorerst wohl fraglich, allseitig wurde jedoch zum Ausdruck gebracht, daß eine derartige Bestimmung für Oldenburg auch wohl kaum nützlich sei, da wohl keiner unter den Hengstbesitzern vorhanden sein würde, der die Zahlung dieses Beitrages ablehne.

Schließlich wurde der Vorsitzende beauftragt, diesen Gegenstand wieder auf die Tagesordnung der nächsten ordentlichen Generalversammlung des Vereins der Oldenb. Hengstbesitzer zu setzen.

Hiernach forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, etwaige Anträge und Wünsche auf Befriedigung hervorgetretener Mängel sofort zur Sprache zu bringen.

Gestrich wurde hierauf, daß, wenn auch im allgemeinen über die Ställe und deren Einrichtung nicht geklagt werden könne, so müsse doch bemerkt werden, daß einige Ställe zu dunkel wären und andere nicht genügend gereinigt worden seien, besonders müßte den Stallbesitzern zur Pflicht gemacht werden, daß sie die Ställe auf das sorgfältigste darauf hin untersuchen müßten, daß keine hervorsteckenden Nägel oder sonstige scharfe Gegenstände in den Brettern und Wänden enthalten seien.

2. Beilage

zu Nr. 28 der „Nachrichten für Stadt und Land“ von Mittwoch, 29. Januar 1908.

30. Landtag des Großherzogtums.

7. Sitzung vom 28. Januar 1908.

Heute morgen um 10 Uhr eröffnete Präsident Schröder die Sitzung.

Am Regierungstisch Finanzminister Ruchrat I., Oberreg.-Rat Präsident Gräpel, Geh. Ministerialrat v. Zindh, Ob.-Reg.-Rat Wilm, Raurat Riesen und Finanzrat Stein, Oberreg.-Rat Gramberg.

Das Protokoll verliest Abg. Vogt-Cutin, die Eingänge Abg. v. Fridein, darunter eine Reihe von Petitionen aus den katholischen Landesteilen gegen die Tankenden Petition des Abg. Lappenberg, der für die nächsten Jahre einen besonderen Steuerertrag vorschlägt, durch den die Vermögensverhältnisse zwischen Finanzminister und Landtag betr. des Erlasses von 15 Prozent Steuern begünstigt werden sollen.

Abg. Fals, Langhans und Griep sind beurlaubt. Der Präsident teilt mit, daß Geheimrat Klingenberg den Landtag zur Eröffnung der Ausstellung des „Vereins für niederrheinisches Volkstum“ im Landesgewerbemuseum einlädt. Der Landtag wird der Einladung am Freitag um 5 Uhr folgen.

Die Inventarien der zur Eisenbahn gehörigen Gebäude und Grundstücke.

(Vorlage 40.)

Von den Inventarverzeichnissen hat der Eisenbahnausschuß Kenntnis genommen und nichts zu bemerken gefunden. Er beantragt durch seinen Berichterstatter, Abg. Schulte, sie durch Kenntnisnahme für erledigt zu erklären, was ohne Debatte geschieht.

Der Antrag Müller, betreffend den Bau einer Bahn von Varel nach Rodenkirchen.

Der Antrag verfolgt den Zweck, daß mit dem Bau der Bahn Varel-Rodenkirchen im Jahre 1909 begonnen wird. Nach dem Gesetze vom 27. März 1903 werden jährlich (von 1906 an) 200 000 M. von den Betriebsüberschüssen der Eisenbahnen an einen Fonds abgeführt, der zum Bau der erwähnten Bahn Verwendung finden soll. Es soll mit dem Bau spätestens begonnen werden, wenn der Fonds die Höhe des nach dem Voranschlag staatlicherseits aufzubringenden Betrages von 1 143 000 Mark erreicht hat. Im Jahre 1910 wird derselbe einschließlich Zinsen auf die Summe von 1 070 000 M. angewachsen sein. Sollte der Antrag Müller Berücksichtigung finden und die Bahn in den Jahren 1909 und 1910 fertiggestellt werden, so wäre staatlicherseits ein Voranschlag zu leisten, der bis zu 73 000 M. beträgt, je nachdem, welche Zinse zum Ausbause kommt.

Bei Beratung des Antrages im Eisenbahnausschuß erklärte der Regierungskommissar nach dem Bericht des Abg. Schulte, die Regierung befinde sich beim Gesetze vom 27. März 1903; dieselbe nehme zu dem Antrage weder eine ablehnende noch zustimmende Stellung ein. Ob ihr für das Jahr 1900 technische Kräfte in ausgiebiger Weise zur Verfügung ständen, könne sie jetzt noch nicht übersehen.

Der Ausschuß ist der Ansicht, daß die beteiligten Gemeinden ein besonderes Interesse daran haben, daß frühzeitig mit der Festlegung der Linie begonnen wird, damit berechnete Wünsche inbezug auf Umfriederung und Lage der Bahnhofsgebäude Berücksichtigung finden können. Auch könnten die beteiligten Gemeinden, die zur Vergabe von Grund und Boden verpflichtet seien, mit den Grundeigentümern vorteilhafter abschließen. Sollte auch von Seiten des Staates ein Voranschlag geleistet werden müssen, so hält der Ausschuß dies für unbedenklich, weil vorwiegend die Zinsen dieses Vorwusses durch die Betriebsüberschüsse gedeckt werden. Ein dringendes Bedürfnis ist der baldige Ausbau der Bahn auch für die oldenburgischen Wärscharen, deren Handelsbeziehungen nach Westen, besonders in den Ländern Varel und Jever, gegenüber der Emdener Konkurrenz alsdann sehr gefördert würden. Der Ausschuß stellt nach reiflicher Überlegung den Antrag, der Landtag möge den selbständigen Antrag des Abg. Müller der Regierung zur Berücksichtigung überweisen.

Abg. Schulte bekräftigt den Antrag im Sinne des Ausschusses.

Abg. Witten fragt abermals an, ob die Regierung den Bahnbau von Varel nach der Weier nicht beschleunigen könne. Im vorigen Jahre habe die Regierung sich damit entschuldigt, daß es an technischen Kräften fehle. Das sei auch jetzt wieder der Fall eingewendet worden. Er könne den Grund nicht gelten lassen. Die technischen Kräfte würden sich finden lassen. Er begreife nicht, weshalb die Regierung mit dem Bau dieser Bahn bis zum äußersten Termin warte. Er wünsche lebhaft, daß der Bau bald in Angriff genommen werde.

Abg. Althorn-Gartwarden schließt sich diesem Wunsche an. Abg. Müller: Die Hauptschwierigkeiten liegen darin, daß die Gemeinden sich einigen über Umfriederung und Kostenverteilung, was lange Zeit dauern wird, weshalb ich es notwendig, daß der Plan möglichst bald vorgelegt wird. Das bezweckt sein Antrag.

Der Ausschuh Antrag — Ueberweisung auf Berücksichtigung — wird angenommen.

Die Ueberprüfung über die Einnahmen und Ausgaben der Eisenbahnbetriebskassen

für 1906, die Reinertragsberechnung für die Oldenburgischen Staatsbahnen für das Jahr 1906 und der Voranschlag der Eisenbahnbetriebskassen für das Jahr 1908 sind in Vorlage 18 enthalten. (Berichterstatter des Eisenbahnausschusses Abg. Weffels.)

Jeder dieser Teile ging dem Landtage bisher als eine gesonderte Vorlage zu. Die Vereinigung zu einer Vorlage hat wohl ihren Grund in der engen Beziehung, in welcher die einzelnen Teile zu einander stehen. Während die Ueberprüfung für 1906 durch die Reinertragsberechnung vervollständigt wird, fällt sich ein wichtiger Teil des Voranschlags für 1908 auf die Ergebnisse der Ueberprüfung. Da die Anlage zu-

fammengedrucktes vereinigt, so dürfte die neue Anordnung als Verbesserung anzusehen sein.

Abg. Weffels führt folgendes aus:

1. Ueberprüfung über die Einnahmen und Ausgaben der Eisenbahnbetriebskassen für 1906. Die gesamten Einnahmen haben betragen 14 246 502 Mk. gegenüber dem Voranschlag von 13 253 445 Mk., demnach Mehreinnahme 993 057 Mk.

Diese Mehreinnahme darf nicht als Folge übergroßer Vorsicht bei Aufstellung des Voranschlags aufgefaßt werden. Die Aufstellung erfolgte unter Zugrundelegung der feststehenden Ergebnisse des Jahres 1904. Die Steigerung der Verkehrseinnahmen in den Betriebsjahren 1905 und 1906 wurde zusammen mit 9 Prozent bewertet, so daß im Durchschnitt eine Zunahme von 4½ Prozent für die Berechnung Verwendung fand. Eine Steigerung von 4½ Prozent kann mit Rücksicht auf die bisher gemachten Erfahrungen besonders dann nicht als eine zu niedrige angesehen werden, wenn man bedenkt, daß sie auch auf den Güterverkehr Anwendung gefunden hat. Für den Güterverkehr wurden aber zur Zeit der dreijährigen Finanzperiode sehr niedrige Steigerungssätze für den Voranschlag verwendet. So z. B. belief sich dieser Satz in dem Voranschlag der Finanzperiode 1900/02 auf 1,6 Prozent, in demjenigen der Finanzperiode 1903/05 gar nur auf 0,5 Prozent. — An der Mehreinnahme von 993 057 Mk. sind die Verkehrseinnahmen mit 609 151 Mk. beteiligt. Die gesamten Verkehrseinnahmen betrugen 1904: 10 615 025 Mk., 1906: 12 180 149 Mk.; die Steigerung betrug demnach nicht, wie angenommen, 9, sondern etwa 14,8 Prozent.

Die Mehrausgabe gegen den Voranschlag belief sich auf 243 699 Mk. und ist zum überwiegenden Teile (216 039 Mk.) bei den persönlichen Ausgaben erwachsen. Veranlaßt hat sie hier durch die Gehaltsreform und die damit verbundene Lohnreduzierung. Von dem Betriebsüberschuß sind an die Landeskasse abgeführt 1 809 293 Mk. Nach dem berichtigten Voranschlag hätte diese Abführung sich stellen müssen auf 1 053 650 Mk. Es sind also mehr abgeführt 755 643 Mk. Verwendet sind von der Abführung:

1. Nach dem Gesetze vom 27. März 1903 für die Varel-Weferbahn 200 000 Mk.

2. Nach den Beschlüssen zum Voranschlag der Landeskasse des Herzogtums für 1907 für die Butjadinger Bahn 100 000 Mk.

3. Zu Zwecken des Eisenbahnbaufonds 1 509 294 Mk. Hieron waren zum Ausgleich des durch die Betriebsausgabe nicht genügend abgegoltenen Verhältnisses erforderlich 135 142 Mk. Das Anlagekapital ist durch die Abführung also erhöht um 1 374 152 Mk.

Der reine Ueberfluß (aus dem auch die Abführung an die Varel-Weferbahn, an die Butjadinger Bahn, sowie zu allgemeinen Landeszielen zu bestreiten ist) betrug für 1904: 998 959,67 Mk.; für 1905: 1 356 979,58 Mk.; für 1906: 1 809 293 — 135 142 = 1 674 151,95 Mk.

2. Reinertragsberechnung für die Oldenburgischen Staatsbahnen für das Jahr 1906. Nach dem Gesetze vom 27. März 1903 sollen, wenn es gegeben kann, für den Bau einer Bahn von Varel nach der Bahn Süde-Nordenham jährlich 200 000 Mk. von den Betriebsüberschüssen ausgeschrieben werden. Es ergab sich schon aus diesem Umlauf die Notwendigkeit, vermehrt einer Reinertragsberechnung die wirklich reinen Ueberflüsse des Eisenbahnbetriebes festzustellen. Aber auch die Verwendung von Eisenbahnbetriebsüberschüssen für den Staatshaushalt drängt zu einer solchen Feststellung. Da die Berechnung in ihren Einzelheiten keine gegebene ist, und da man es mit unrichtigen Größen zu tun hat, so muß natürlich von vornherein auf die Erlangung eines wirklich zutreffenden Resultates verzichtet werden. Nach der Berechnung der Staatsregierung betrug der Ueberfluß oder Sollaufwand im Jahre 1906 2 688 784 Mk., der Aufwand 2 553 642 Mk., demnach wurden zu wenig aufgewendet 135 142 Mk. Es ergibt sich demnach für 1906 der wirkliche Reinertrag von 1 674 151 Mk., dessen oben schon Erwähnung geschehen ist. Nach der Reinertragsberechnung betragen die Minderaufwendungen 1904: 358 408 Mk., 1905: 941 412 Mk.

Abg. Tom Dieck fragt an, ob sich die Regierung angesichts der in Preußen im letzten Jahre neuerlassenen Organisationsvorschrift über die Kompetenzen von Eisenbahndirektion und Regierung veranlaßt gesehen habe, auch hier entsprechende Änderungen zu treffen. Ferner fragt Abg. Tom Dieck an, ob es nötig sei, daß die auswärtigen Mitglieder des Eisenbahnrats mit abstimmen über rein oldenburgische Sachen. Er empfehle eine Veränderung des Statuts dahin, daß die Nichtoldenburger nur über die sie unmittelbar berührenden Angelegenheiten zu beschließen hätten. Es sei z. B. doch ein Umlauf, daß der Landrat von Wittmund mit abstimme über die Errichtung einer Galte-stelle in Moorwinkelsdam.

Minister Ruchrat I. kann sich über den zweiten Punkt unvorbereitet nicht äußern. Bezüglich des ersten antwortet er, daß die Staatsregierung zu einer Veränderung der fraglichen Kompetenzen keine Ursache gehabt habe. Die preussischen Einrichtungen seien nicht ohne weiteres auf unsere Verhältnisse übertragbar.

Zu dem Voranschlag für das Jahr 1908

führt Abg. Weffels weiter aus:

Der lebhaftesten Weiterentwicklung unseres Eisenbahnverkehrs in den Jahren 1906 und 1907 ist durch den vorliegenden Voranschlag Rechnung getragen. Den entsprechend erhöhten Einnahmen aus dem Verkehr stehen genügend erhöhte Ausgaben, die der Unterhaltung, Erneuerung und Erweiterung dienen sollen, gegenüber. Es zeigt sich mehr und mehr, daß viele der früher getriebenen Einrichtungen nicht mehr den heutigen Anforderungen genügen. Neue, zum Teil bedeutende Werte müssen aber auch durch Vermittelung des Eisenbahnbaufonds heringewonnen werden, und wenn dieselben auch zum Teil neue Einnahmequellen eröffnen, so werden sie doch auch der Betriebskasse neue Verpflichtungen auferlegen. Gestützt auf die Ergebnisse der letzten Jahre, darf man mit einiger Sicherheit annehmen, daß die Wirklichkeit nicht hinter dem Voranschlag zurückbleibt.

Den Verkehrs-Einnahmen ist das Ergebnis des Betriebsjahres 1906 zu Grunde gelegt. Die Zunahme für zwei Jahre (1907 und 1908) ist auf 10 Proz. veranschlagt. Demgemäß sind die Verkehrs-Einnahmen auf 13 437 000 Mk., die gesamten Einnahmen auf 15 400 000 Mk. veranschlagt.

Seit einer Reihe von Jahren verhalten sich die Einnahmen des Person- und Güterverkehrs zu denjenigen des Güterverkehrs wie 3 zu 5. Nach den Ergebnissen der letzten Betriebsjahre verschiebt sich dieses Verhältnis mehr und mehr zu Gunsten des Güterverkehrs. Dieser Umstand darf als ein Zeichen wirtschaftlichen Aufschwunges im Bahngelände aufgefaßt werden.

Zur Laufe des Betriebsjahres 1908 wird die Strecke Cöppenburg-Dohlt in ihrer ganzen Ausdehnung dem Betriebe übergeben. Die Betriebs-Einnahmen werden, da es sich nur um einen Teil des Jahres handelt, nicht sonderlich davon beeinflusst werden.

Die Verkehrs-Zunahme zeigt sich insbesondere auch bei den Positionen, welche die Einnahmen und Ausgaben für den Güterverkehr enthalten. Im Jahre 1900 betrug die Einnahme 323 100 Mk., die Ausgabe 426 548 Mk., demnach Mehrausgabe 103 448 Mk.; nach dem Voranschlag für 1908 sind die Einnahmen mit 837 900 Mk., die Ausgaben mit 862 900 Mk., die Mehrausgaben also mit 25 000 Mk. zu bewerten. Der Gütertransport der oldenburgischen Staatsbahn bestand vor 1900 aus 1342 Wagen, 1902 aus 1410 und 1907 (einschließlich der bewilligten) aus 2523 Wagen. Eine weitere Verkehrsentwicklung wird selbstredend auch zur weiteren Beschaffung von Güterwagen drängen.

Die Positionen 88 und 93 enthalten eine Reihe von Gegenständen im Betrage von 1000 bis 60 000 Mk., die zur Annahme empfohlen werden; sie sollen der Ergänzung, Erweiterung und Verbesserung dienen.

Der Betriebsüberschuß ist im ganzen auf 3 363 000 Mk. veranschlagt; zur Abführung an den Eisenbahnbaufonds und zur freien Verfügung an die Landeskasse (Rest des Betriebsüberschusses) 1 399 000 Mk. Nach der Vorlage der Staatsregierung sind davon auszuweisen: für die Varel-Weferbahn 200 000 Mk., für allgemeine Staatszwecke 500 000 Mk., als Rest zur Verfügung für die Butjadinger Bahn 236 300 Mk., zusammen 926 300 Mk. Für die Zwecke des Eisenbahnbaufonds werden dann noch 472 000 Mk. zur Verfügung stehen.

Nachträglich ist nun vom Finanz-Ausschuß der Antrag gestellt (vom Landtag in erster Lesung bereits angenommen), weitere 200 000 Mk., nämlich 700 000 Mk., für Staatszwecke zu verwenden. Sollte dieser Antrag auch in zweiter Lesung angenommen werden, so würden dem Eisenbahnbaufonds nur 272 000 Mk. verbleiben.

Abg. Lanje bepricht die mangelhafte abendliche Zugverbindung von Westerstede über Dohlt, wo die Reisenden von beiden Richtungen eine Stunde warten müssen. Außer dieser Unannehmlichkeit fällt dabei noch ins Gewicht, daß Westerstede als Ausflugsort geschädigt wird. Die Schuler, die dort Aufenthalt haben, betreiben sich oft die Zeit mit Kartenspielen! Da diese Angelegenheit Sache des Eisenbahnrats sei (Dohlt), habe er einen Antrag nicht gestellt. Die Regierung möge jedoch die Anregung des Eisenbahnrats nicht abwarten, sondern selbständig vorgehen. Er sei früher immer auf die kommenden Motorwagen hingewiesen worden; aber der Versuch damit sei auf die lange Bank geschoben, und man sei auf preussische Erfahrungen verstoßen. Er bitte die Regierung dringend, Abhilfe zu schaffen.

Abg. Koch hält es für falsch, wenn Abg. Lanje meint, der Landtag sei nicht die richtige Stelle für derartige Wünsche. Er meine, daß solche hier angebracht werden müßten. (S. r.) Die Eisenbahnverwaltung wird vom Landtage etwas verböhnt. (Heiterkeit.) In der Tat verdienen ihre sozialen und finanzwirtschaftlichen Maßnahmen keine abfällige Kritik. Aber lokale Wünsche berücksichtigt sie nicht zur Genuge. Er habe z. B. schon seit Jahren vieles über die Station Delmenhorst vorgebracht, aber ohne Erfolg. Dabei nimmt Delmenhorst bez. des Verkehrs die dritte resp. vierte Stelle ein. Dem entsprechen die primitiven Einrichtungen des Bahnhofs absolut nicht, und es ist kaum glaublich, daß das Personal damit fertig wird. Rechner fragt ferner darüber, daß es viel zu lange dauere, ehe beschlossene Veränderungen ausgeführt werden, z. B. der Umbau des Personeneinheitsbühns, Verlegung der Wehrstraße u. a. m. Die benötigten Mittel müssen dann oft auf die nächste Finanzperiode übertragen werden! Das verträgt aber ein so klägliches Gemeinwesen wie Delmenhorst nicht! Aber auch das nun wirklich Geschlossene verdient einen herben Tadel. Der Umbau des Bahnhofs hat absolut keine durchgreifende Besserung gebracht. Ein Mitglied der Direktion möge sich einmal im Sommer die Verkehrsstationen in dieser neuen Halle ansehen! Unzulänglich sind ferner die Wartehallen, die Unterfrümräume für das Personal, die Kasse, die Räume für das diensttunende Personal, die lange, bis in die Nacht dauernde Rangierzeit, die Benutzung des Rangierfeldes zum Rangieren usw. Ein zweiter Schalter, der neu geschaffen ist, wird nur selten benutzt. Delmenhorst müsse eine schnelle und gründliche Veränderung dieser Mängelplätze nicht nur wünschen, sondern verlangen, auch bezüglich des Stadt in zwei Teile zerlegenden Bahnhofs. Mit einem übermächtigen Zahlenmaterial beg. der Schließung der Schranken an den Uebergängen, wonach viel zu oft und zu lange die Schranken verfallen sind, beweißt Abg. Koch die Unhaltbarkeit der dortigen Verhältnisse. Er habe den Eindruck, daß über die zukünftige Gestaltung der Delmenhorster Bahnverhältnisse noch gar keine Pläne vorliegen; das liege aber im bringenden Interesse der Staatskasse! Heute müsse man ungeheure Summen für Grund und Boden zahlen, die man vor 5-6 Jahren billig hätte haben können. Z. B. hat das Gelände der Schließmarkte, das sich sehr gut für Bahnhofsweide eignet, vor acht Jahren 40 000 M. gekostet, vor sieben Jahren 140 000 M. und jetzt ist es 5-600 000 M. wert. Wenn die Eisenbahnverwaltung sich nicht vorstellt, so bracht sie sich eine teure Suppe ein, die der Landtag dann auslöffeln muß. — Rechner fährt dann weiter fort: Er forsch nicht nach den Gründen, daß die Stadt Delmenhorst so schlecht behandelt werde. Tatsache sei es,

Die Beamten des Finanzministeriums und der Eisenbahndirektion kennen Delmenhorst viel zu wenig. Daß dort einmal ein vortrefflicher Rat erscheint, daß gehört zu den wertschätztesten Ereignissen. (Heiterkeit.) Es müsse ein viel innigeres Verhältnis herrschen zwischen den Regierungsbeamten und dem Lande. Das beziehe sich nicht nur auf die Eisenbahn. Zum Teil hat das seinen Grund darin, daß die meisten Beamten Stadtbürger sind und da, wo sie geboren sind, leben und auch sterben wollen. (Heiterkeit.) Sie betrachten einen einzelnen Dienstausfall im Lande nur als Liebergang nach Oldenburg. Aber es bilden sich doch auch außerhalb der Residenzstadt neue wichtige Zentren, und dafür ist nicht immer das richtige Verständnis vorhanden. Man bemüht sich wohl, an der Basis in der Zukunft die neue Industrie ins Leben zu rufen. Mit Recht. Aber Delmenhorst's Industrie überwiegt noch so sehr die in der Bildung befindliche, daß Delmenhorst als Gegenwärtige zu bezeichnen ist. Man möge sich hüten, daß man es zu Vergangenheitsde macht! Eine Gefahr, der Barcl sich a. B. erst jetzt wieder entziehen hat. Delmenhorst kann den Schutz seiner Industrie verlangen! In manchen anderen Angelegenheiten ist es Entgegenkommen gefunden, so a. B. durch Einführung der Proportionalwahl u. a. m. Aber gerade bei der Eisenbahnverwaltung scheint das rechte Verständnis für die Bedeutung Delmenhorst's nach dieser Richtung nicht vorhanden zu sein. Die Stadt hat nicht viele staatliche Einrichtungen, um so mehr kann sie verlangen, daß diejenigen, die sie hat, in dem Zustand sich befinden, der ihrer Bedeutung entspricht! (Zustimmung.)

Minister Kuhlstrat I bemerkt zu den Anregungen des Abg. Vanje, derartige Wünsche gehörten seiner Meinung nach in der Tat vor den Landtag. Auf die Klagen des Abg. Koch erwidert er, daß die Eisenbahn am liebsten jeden lokalen Wunsch erfüllt; aber täte sie das, so würden die Finanzen des Staates bald a. B. w. h. gehen. Die Regierung müsse die Erfüllung jener Wünsche, die nicht dringlich sind, hinausschieben. Das sei ihre Aufgabe, der sie nachkomme, trotzdem sie hier und da Anstoß erzeuge.

Eisenbahndirektionspräsident Graepel erklärt, ihm sei jede sachliche Kritik willkommen. Er weist den Vorwurf des Abg. Koch zurück, daß unter den Oberbeamten der Eisenbahn zu viele Stadtbürger seien. Er belegt es zahlenmäßig, daß dies nur auf einen geringen Prozentsatz zutrifft. Der Präsident geht dann auf die Einzelheiten ein. Er gesteht zu, daß in Delmenhorst manche Wünsche offen bleiben, aber es seien doch erträgliche Zustände geschaffen worden durch den Umbau; mehr konnte in Hinsicht auf die Eisenbahnfinanzen einstweilen nicht geschehen. Wenn die Ausführung der vorhandenen Einrichtung mangelhaft sei, dann solle Abhilfe getroffen werden. Aber die Klagen müßten besser auf früherer Zeit beigebracht und direkt bei der Eisenbahndirektion. Die langsame Ausführung beschlossener Bauten sei darauf zurückzuführen, daß es an Beamtenkräften fehle, und daß sonst allerlei Hindernisse vorliegen. Weiter fragt den Abg. Koch, wie er wisse, daß großartige Pläne für die Bahnverhältnisse in Delmenhorst nicht vorliegen? Es würden in der Tat Erwägungen gepflogen, daß die Verhältnisse, die zu Zabel Anlaß geben, beseitigt werden. Recht gebe er dem Abg. Koch bez. der Unannehmlichkeit der öfteren Schrankenstellung beim Durchschneitungs; es gäbe zu Verbesserung Anlaß; er hoffe die Defizitengrößen noch zu verringern. Nachbarn könnten übrigens den Tunnel benutzen. — Grundstücke könnten doch erst angekauft werden, wenn der Landtag die Mittel dafür bewilligt habe. Seit einigen Jahren sind dafür Gelder eingekauft, und er hoffe damit gut zu wirtschaften; er sei dem Abg. Koch für ev. praktische Hinweise dankbar. Die Natur des Eisenbahnwesens dulde übrigens keine lange vorher getroffene Dispositionen. Die Entwidlung des Bahnwesens gehe oft unvorhergesehenen Wege.

Abg. Vanje bemerkt eine Antwort vom Regierungskreis auf seine Frage. Die Herren vom Regierungskreis seien durch das große Delmenhorst so sehr in Anspruch genommen worden, daß sie das kleine Westersee ganz vergessen hätten. (Heiterkeit.)

Abg. Müller regt die Abschaffung der Schnellzugszuschläge im Lokalverkehr an. Untere Schnellzüge halten an zu vielen Stationen. Finanziell haben die Zuschläge durch Veranlassung der Abwanderung aus der 2. in die 3. Klasse nicht etwa einen Vorteil, sondern einen Nachteil verursacht. Weiter weist nach, daß die Tarifreform Oldenburg nur Schaden gebracht habe, namentlich durch den Wegfall der Monatskarten. In Preußen sollen künftig Schnellzugzuschläge nur noch in D-Büben erhoben werden.

Abg. Graepel bestätigt die Kritik des Abg. Koch, auch gegenüber den Ausführungen des Präsidenten Graepel. Er träge die Zustände herrschen nach dem Umbau auf dem Bahnsteig in Delmenhorst nur, wenn kein Verkehr dort ist, sonst sei einfach unerträglich. Weiter kommt auch auf die Langsamkeit der Arbeiten und auf die Verhältnisse der Regierung bezüglich des Grundeigentums zu sprechen. Da habe sich die Direktion die Gelegenheit entgehen lassen und sich an den Finanzen gekümmert. Das sind Fehler der früheren Beamten, allein die jetzigen haben auch nicht viel weitföhriger gehandelt. Die richtige Sparbarkeit, die der Minister als notwendig bezeichnete, hätte darin bestehen müssen, daß man zur rechten Zeit Grundstücke gekauft hätte. Die jetzigen Anläufe (a. B. für den Rangierbahnhof) genügen nicht.

Minister Kuhlstrat I erklärt, daß man sich jetzt für rechtzeitige Landkäufe Gelder bewilligen lasse. Die Einrichtungen der Bahn könnten auf den Sommerverkehr nicht ausgeglichen werden.

Abg. Koch unterstellt die Anregung des Abg. Müller auf Aufhebung des Schnellzugzuschlags. Weiter hält seine Ausführungen bezüglich des mangelnden Interesses der Regierungsbeamten für Orte außerhalb der Stadt Oldenburg aufrecht und vortiert ein kläffisches Wort dahin: „An Oldenburg hängt, nach Oldenburg drängt doch alles, ach, wir Armen!“ (Heiterkeit.) Seine weitere Kritik hält er auch nicht für widerlegt durch die Versicherungen vom Regierungskreis. Er habe seine Anschauungen von den mangelnden Plänen für die zukünftigen Bahnverhältnisse in Delmenhorst gewonnen aus den Verhandlungen über die Garpsrieder Bahn. Wenn der Regierungsvorsteher damals vorhandene Pläne nicht bekannt gegeben habe, so hätte er das für unverantwortlich. Er habe der Regierung zweimal Vorlage über Grunderwerb gemacht; er tue es aber nicht wieder, weil er schlechte Erfahrungen damit gemacht habe. Die Mi-

tel für den Dispositionsfonds wären sicherlich bewilligt worden! Die frühere Verwaltung hat z. B. arg gefündigt durch den Verkauf eines großen Bahngeländes. Er hoffe, daß nun bald der Neubau des Bahnhofs alle Uebelstände nach Möglichkeit beseitige.

Präsident Graepel erklärt, Abg. Koch habe gar keine Veranlassung, von einem Mangel an Plänen zu sprechen. Er müsse seine Kritik entziehen zurückziehen. Das frühere Landtage bewilligt hätten, das könne heute niemand sagen.

Abg. Kollmann rügt die schlechte Heizung der Personenzüge auf den Nebenbahnen.

Abg. tom Dieck erklärt, der Eisenbahnausschuß habe sich wiederholt mit all den Ausführungen, die hier vorgebracht sind, beschäftigt. Er werde in Zukunft zu erwägen haben, ob die Organisation der Eisenbahndirektion geändert werden müsse, damit solchen Uebelständen abgeholfen werde.

Abg. Schulz bestätigt die Klagen der Abgg. Koch, Graepel und Vanje. Weiter kritisiert die Einführung der vierten Klasse als eine Verkehrsverschlechterung. Wenn sie aus Mangel auf den Durchgangsverkehr eingeführt sei, so müsse sie doch in allen Anschlüssen vorhanden sein.

Abg. Koch bestreitet die Versicherungen des Regierungsvorsteher. Nach den damaligen Mitteilungen müßten keine Pläne vorhanden sein. Baurat Schmitt habe damals gegen die Einführung der Garpsrieder Bahn auf der Südseite des Bahnhofs derartig gesprochen, daß man mit aller Bestimmtheit annehmen mußte, es beständen keine Zukunftspläne. Jedenfalls hat es nach außen durchaus diesen Eindruck gemacht. Ob früher eine Vorlage auf Bewilligung von Geldern angenommen worden wäre oder nicht, das wisse er selbstredend nicht; aber auf der Regierung bleibe die Schuld haften, daß die Forderung nicht gestellt habe. Und an den mangelnden Kräften hätte es auch nicht gelegen, man hätte sie doch fordern sollen!

Präsident Graepel erklärt, daß der Stadt Delmenhorst bei den fraglichen Verhandlungen eine klare Darstellung der Verhältnisse gemacht worden sei; mehr könne sie nicht verlangen. Der Bau der vom Abg. Graepel erwähnten Rampe habe sich verlangsamt wegen verzögerter Lieferung von Material. Die Ausführungen des Abg. Schulz bez. der 4. Klasse beruhten auf solchen Voraussetzungen; sie sei eingeführt aus Willkürbetrüben für die unbemittelten Kreise und der Einseitigkeit wegen bez. der Nachbarschaft. Die Regierung führt die 4. Klasse so weit ein, wie sie irgend kann und finanzielle und betriebstechnische Rücksichten dem nicht entgegenstehen.

Abg. Schulz erklärt, wenn der erste Grund Anlaß gegeben habe zur Einführung der 4. Klasse, dann müßten die Hauptzüge doch damit ausgerüstet sein!

Präsident Graepel erwidert, das sei auch der Fall. — Abg. Vanje teilt mit, daß die Forderung der Rampe nicht genügt und der Platz vor der Rampe ungepflastert sei. Er hoffe jetzt bei seiner dritten Anfrage eine Antwort vom Regierungskreis zu erhalten.

Präsident Graepel erklärt, daß man eine Nebenbahn (Ocholt-Westersee) nicht mit denselben Anschlüssen versehen könne, wie die frühere kleine Lokalbahn. Er hoffe aber, Abhilfe schaffen zu können. Bez. der Rampe sagte er Prüfung zu.

Abg. Zeitmann verlangt die Gleichsetzung der Sommer- und Winterlöhne für die Streckenarbeiter. Weiteres behalte er sich vor.

Abg. Wilken bemerkt, es sei eine Änderung in dem Umbauplan des Bahnhofs vorgesehe, damit der Stationsbeamte eine bessere Wohnung erhält.

Sämtliche Anträge werden angenommen.

Die Nachweisung über die Einnahmen und Ausgaben des Eisenbahnaufbaus

für das Jahr 1906, eine vorläufige Nachweisung über denselben Fonds für das Jahr 1907 und der Voranschlag des Eisenbahnaufbaus für das Jahr 1908 sind in Vorlage 41 enthalten. (Berichterichter des Eisenbahnausschusses Abg. Müller.)

Da die Nachweisung für 1906 und die vorläufige Nachweisung für 1907 über die Einnahmen und Ausgaben des Eisenbahnaufbaus weniger allgemeines Interesse bieten, so ist hier davon abgesehen, näheres darüber zu berichten. Zum Voranschlag des Eisenbahnaufbaus für 1908 jagt der Bericht des Ausschusses: Der Voranschlag des Eisenbahnaufbaus für 1908 scheint sehr hoch zu sein, wenn man das Endergebnis von 12 ein Drittel Millionen Mark in Einnahme und Ausgabe sieht; in Wirklichkeit sind aber die Beträge für die im Jahre 1907 ausgegebenen Schanweisungen und für den Selbstbetrag des Jahres 1907 zusammen 8 800 000 Mark abzuziehen. Für das Jahr 1908 bleibt dann ein Aufwand von rund 6,5 Mill. Mark, also fast 1 vier Zehntel Millionen Mark weniger als für 1907 gefordert und bewilligt wurden.

Zu den Ausgaben dürfte folgendes bemerkenswert sein: An neuen Ausgaben sind vorgesehen: Zur Anlage eines Güterbahnhofs in Bremen-Neustadt Nachforderung von 478 000 Mark. Zur Erweiterung des Wasserwerks in Wien. Nachforderung von 75 000 Mark. Zur Herstellung eines Lokomotivschuppens in Nordenham nebst Drehscheibe. Nachforderung von 12 000 Mark. Zur Erweiterung des Bahnhofs Gruppenbahnhofs 213 000 Mark. Zur Grunderwerb 400 000 Mark. Für Dienstwohnungen 80 000 Mark. Für Neuanschaffung von Betriebsmitteln: a) Lokomotiven 717 600 Mark; b) Personen- und Gepäckwagen 488 400 Mark; c) Güterwagen 600 000 Mark; zusammen 1 806 000 Mark. Für Beschaffung von Motorwagen 70 000 Mark. Für Umbau in schweren Oberbau in harter Verfestigung 615 300 Mark. Für Herstellung von Wägen und Kleiderbewahrungsräumen u. m. w. bei der Eisenbahnwerkstätte in Oldenburg 116 000 Mark. Für die Einführung des zweiten Gleises Sande-Oldenburg in den Bahnhof Oldenburg 164 000 Mark. Für Umbau des Bahnhofs Oldenburg und Herstellung eines Rangierbahnhofs, erste Rate, 1 000 000 Mark. Für verschiedene Gleisverbreiterungen 147 600 Mark. Für den Umbau des Bahnhofs Carolinenfelde 162 000 Mark. Für die Erweiterung des Bahnhofs Drafte 270 000 Mark. — Der Güterbahnhof in Bremen-Neustadt hat seit der kurzen Zeit seiner Eröffnung bereits einen so starken Verkehr aufzuweisen, auch sind die Lagerplätze dort sämtlich vergriffen und weiter so begehrt, daß eine Erweiterung der Anlagen eine Notwendigkeit geworden ist. Der Ausbau hat den Güterbahnhof und das angrenzende Terrain besichtigt und

ist überzeugt, daß die vom Staate angekauften, beginnend in die Hand gegebenen Grundstücke für den Bahnhof unentbehrlich sind.

Zu Paragraph 15 der Ausgaben, Erweiterung des Bahnhofs in Nordenham, werden von dem Abg. Tangen Klagen der Interessenten über die Unzulänglichkeit des Bahngeländes in Nordenham vorgebracht. Der Verkehr hat derartig zugenommen, daß das vorhandene Bahngelände nicht mehr genügt und die Herstellung eines zweiten Bahngeländes nicht ohne ein dringendes Bedürfnis geworden ist. Das zweite Bahngelände dürfte zweckmäßig westlich des vorhandenen anzulegen sein. Dies würde die Verlegung der Wohnsiedlung mit einiger Arbeiterwohnungen (des sog. langen Sammers) zur Folge haben.

Die Regierungsvorsteher versprochen, die Angelegenheit zu prüfen und, wenn tunlich, dem Landtage nach seinem Wiederzutritt Vorläufe zur Verfertigung besserer Einrichtungen zu machen.

Abg. Tangen fragt an, ob die Regierung inzwischen die von ihm vor Weihnachten vorgebrachten Wünsche geprüft habe.

Präsident Graepel antwortet, daß eine Lösung dieser Angelegenheit gefunden sei: man würde parallel zur Mühlenstraße die Bahngelände anlegen und ausbauen. — In den nächsten Tagen würden mit der Ortsgemeinde Nordenham hierüber Verhandlungen geführt werden zwecks Einigung auf ein bestimmtes Projekt.

Abg. Tangen regt an, unter allen Umständen eine Verlegung der betr. Gebäude an der Mühlenstraße ins Auge zu fassen; es sei nur eine Frage der Zeit, daß sie verlegt werden müßten; ohne ihre Vergrößerung sei nichts Ordentliches zu schaffen.

Abg. Müller verbreitet sich sehr eingehend über das Verhältnis zwischen Baufonds und Betriebsfonds.

Abg. Zeitmann rügt Uebelstände in der 4. Klasse, wozu es zu einer kleinen Kontroverse zwischen Redner und dem Abg. Müller kommt.

Abg. Thraube hat im vorigen Jahre zu der Winterberichterstattung die Erfahrungen von den Motorwagen erst zu erwarten wollten und deshalb die Mittel verweigert. Nun hat die Regierung diesen Standpunkt zu eigen gemacht hat, kann er für die Bewilligung stimmen.

Die Anträge werden angenommen.

Voranschlag des Landeshaushalts für das Jahr 1908.

(Vorlage 24.)

Der Finanzausschuß (Berichterichter Abg. Felsbusch) hat die Verlegung, daß die Verwaltung des Landeshaushaltsfonds auf dem richtigen Wege ist, die Mittel dieses Fonds im Lande nutzbringend wirken zu lassen. Sowohl die Beschaffung als auch die Aufbahrung der zur Kultur geeigneten, bis jetzt brach liegenden Flächen streitet richtig voran, und es sieht zu erwarten, daß durch die in Aussicht genommenen Vorarbeiten und durch Kaufaufwand von größeren, z. B. Seidelungsstellen geeigneten Flächen in nächster Zeit noch intensiver dahin gewirkt wird, das Aufseidelungsmerk im Lande zu fördern und dadurch die Abwanderungen der landwirtschaftlichen Arbeiter zu verringern.

Im ganzen sind 1906 und 1907 rund 9555 Hektar angekauft, nämlich in Gemeinde Warburg 809 Hektar, Streeter-Wehrhede 476 Hektar, Döhle 210 Hektar, Gröden-Quintilien 164 Hektar, Sager-Salmer 243 Hektar, Althorn 68 Hektar, und 1901 97 Hektar, 1902 1903 52, 1904 78, 1905 33, 1906 23, bis jetzt 1907 54, zusammen 379 Hektar ausgegeben. 120 Hektar — zur Hälfte Wägen, zur Hälfte Sandboden — sind wieder vorbereitet.

An Grünland sind fertiggestellt 152 Hektar, nämlich Hermsdorf 40 Hektar, Steinfeld 27, Brandisches Moor 17, Lohr 17, 17, 17 und Wilsandorf 34 Hektar.

Im Vorjahre hat der Leitransport fast ganz geruht, ist jedoch in diesem Jahre wieder aufgenommen, und es sind bis jetzt schon etwa 14 000 Kubimeter wieder bestellt. Nach Mitteilung des Leiters dieses Ausschusses beträgt der Preis für das Kubimeter 80 $\frac{1}{2}$, wogegen in der Zone bis zu 38 Kilometern 40 $\frac{1}{2}$ Fracht kommt, so daß im ganzen 120 $\frac{1}{2}$ A. per Kubimeter aufzuwenden sind. Für weitere Transporte erhöht sich die Fracht pro Kubimeter und Kilometer etwa um 1 A. Mit der Ueberfließen von Gütern auf der Bahn belegen Sand und Moorflächen sind überall die besten Resultate erzielt.

Die Anträge werden angenommen.

Regelung der Gehaltsverhältnisse der Winterguldirektoren.

(Vorlage 2.)

Bei der Neuordnung der Gehaltsverhältnisse der Staatsbeamten (Gehaltsregulativ) im vorigen Jahre sind die Winterguldirektoren nicht berücksichtigt worden. Diesen ist damals nur eine einmalige Zulage zur Zulage in Höhe von 250 Mark bewilligt. Durch die in der Vorlage 2 gemachten Vorläufe beschaffte nun die Staatsregierung, eine Gehaltsregelung herbeizuführen. Bei Beratung der Vorlage trafen die Verhandlungen auf Schwierigkeiten. Der Finanzausschuß, Berichterstatter Abg. Felsbusch, mit den anwesenden Regierungskommissaren waren sich einig, daß die Vorlage an gewissen Unklarheiten leide, die nicht so kurzfristig abzustellen seien. Es wurden deshalb die Verhandlungen abgebrochen, und die Regierungsvorsteher erklärten, weitere Vorläufe demnächst machen zu wollen. Dieses ist nun geschehen. Der Ausschluß hat die abgeänderte Vorlage nun durchberaten unter Hinzuziehung der Regierungskommissare, und hält er die Vorläufe nunmehr für annehmbar. Danach wird das Gehalt der Winterguldirektoren seitgegriffen auf jährlich 200 bis 450 M. Der Betrag der Zulage wird auf 200 M. und die regelmäßige Zulage auf zwei Jahre festgesetzt.

Bei der Beratung der Vorläufe des Ministeriums für landwirtschaftliche Winterguldirektoren kam im Ausschluß zur Sprache, daß, da die Tätigkeit als Schulvorsteher doch nur etwa die Hälfte des Jahres in Anspruch nehme, es wünschenswert erscheine, auch die Tätigkeit derselben während des Sommerhalbjahres nach Möglichkeit zu regeln und sie den landwirtschaftlichen Interessen des Staates oder der Gemeinde (Unterschied) dienstbar zu machen. Auch im Dienste der Landwirtschaftskammer würden die Winterguldirektoren mit Erfolg tätig sein können. Es seien demnach sieben solcher Herren vorhanden, und es müsse jedenfalls die Wirksamkeit derselben im Lande in erkennbarer Erscheinung treten. Die Tätigkeit als Winterguldirektoren durch Abhaltung von Buchführungskursen, Vorträgen über landwirtschaftliche Fragen u. m. könne daneben bestehen. Es diese Tätigkeit durch die einzelnen Kuratoren oder durch eine Zentralstelle, vielleicht durch eine zu ständige Schul-

Verkauf einer schönen landw. Besitzung bei Oldenburg.

Nabors. Die der Witwe J. S. Dierks und Kinder früher gehörige

Landstelle

an der Grenze der Stadt am Schulweg (welcher als Chaussee Nabors-Burkerfeld ausgebaut wird) gelegen, bestehend aus dem in gutem baulichen Zustande befindlichen Wohnhause nebst Vieh- und Schweinestall und Scheune, sowie 4,723 Sektar (ca. 57 Scheffeln) Ländereien, soll wegen Auswanderung mit baldmöglichstem Zutritt parzelliert od. im Ganzen verkauft werden.

Verkaufstermin ist angesetzt auf

**Donnerstag,
den 30. Januar d. J.,**

abends 5 Uhr,
in Joh. Schellhieses Wirtshaus zu Nabors.

Die Ländereien sind sämtlich in bester Bonität und in einem Komplex beim Hause gelegen, daher ist die Landstelle zur Fortführung der seit langen Jahren betriebenen Milchwirtschaft besonders geeignet. Gepachtete Weideländereien können übernommen werden.

Wegen der guten Lage dürfte die Besitzung auch Bauunternehmern zum Verkauf zu empfehlen sein, da das ganze Land, weil an 2 Straßen liegend, in Bauplätze aufgeteilt werden kann.

Jede gewünschte Auskunft erteilen Auktionator D. G. Dierks, Nabors, und Aukt. Otto Meyer, Oldenburg.

Verkauf von 2 Wohnhäusern in Rastede.

Rastede. Zimmermeister D. G. Schüren hier, beabsichtigt wegen anderweitigen Unternehmens seine hier, in der Nähe des Bahnhofs gelegenen

Besitzungen

mit Eintritt zum 1. Mai d. J. oder später zu verkaufen und zwar:

1. das von ihm bewohnte Haus mit Stall und Garten, sowie 2 Holschuppen, groß 17 Ar 02 Quadratmeter.
2. das 4. Hl. von Sültebusch und Schüren bewohnte Haus mit Stall und Garten, groß 17 Ar 27 Quadratmeter.

Beide Häuser sind neu, und ist ersteres namentlich einem Zimmermann oder Tischler zum Verkauf zu empfehlen, da Wertstelle und 2 Holschuppen vorhanden sind. Das zu 2 gedachte Haus enthält 2 Wohnungen mit separatem Eingang und ist passend für einen Privatmann oder Beamten. Da dasselbe einen hohen Mietzins bringt, eignet es sich auch als Kapitalanlage. Verkaufstermin findet statt am

**Freitag,
den 31. Janr. 1908,**

nachm. 5 Uhr,
in Göttseljohns Gasthaus hier.

Weitere Verkaufsaufträge werden nicht beabsichtigt.
G. Wehrens, Auktionator.

Sauggas-Motor,

30 Pferdekr., vorzüglich arbeitend, ist wegen Betriebsvergrößerung billig zu verkaufen. Passend für Mühlen, Sägen, elektr. Licht u. dgl. Täglich im Betrieb zu sehen. Seltener Gelegenheit!

A. Sprenger,
Verden.

Stückweiser Verkauf einer Landstelle in Eversten.

Eversten. Der Landmann Friedrich Schütte in Eversten (Erfsten) läßt von der kürzlich von ihm erworbenen

Landstelle

verschiedene Ländereien stückweise wieder verkaufen und ist hierzu einziger Termin angesetzt auf

Sonnabend, den 1. Febr. d. J.,

abends 6 Uhr,
in Herm. Schüttes Wirtschaft in Eversten III.

Es findet nur dieser eine Verkaufsaussatz statt und werden Kaufsüchtige hierzu eingeladen.

Bernhard Schwarting,
Auktionator.



Am 3. Februar
treffe ich mit einem
großen Transport
schwerer u. leichter, holsteinischer,
dänischer, hannoverscher u. russischer

Pferde

ein, welche zum Verkauf und Tausch bestens empfehle; auch verkaufe die Pferde auf Zahlungsfrist.

Bernhard Anspacher
Donnerschweerstraße Nr. 7.
(Frühstücks Restaurant.) Fernspr. 544.

Kohlen, Koks, Brifets.

Um unserer werten Kundschaft weitestgehend entgegen zu kommen, empfehlen wir beste englische

Salon-Knabbelkohlen

zu üblichen Aufkohlens-Preisen.

Normann & Co.

Lieferanten des Oldenburger Konsum-Vereins, Oldenburger Beamten-Vereins.

Rotti heisst die neue Suppenwürze.

Ein Versuch wird stets zur Zufriedenheit ausfallen, weil schmackhaft, ausgiebig u. billig. Schon fast überall zu haben.

Meibrock b. Rastede. Habe nach 40.000 Pfd. Stroh und 20.000 Pfd. gut gewonnenes Stroh abzugeben.
H. P. Bräse Ww.

Fr. Wilh. Reuter,
Buchhalter u. eidigter
Bücherrevisor,
Barel i. Oldb. Fernspr. 401.

Sien eingetroffen!! Frisch geröstete Kaffees

in allen Preislagen.

Gust. Märtens,
Auktionsr. 58.

Schöne mürbekochendeweisse Bohnen sowie grüne Erbsen und Linsen,
— vorzügliche Kochware. —

Gust. Märtens,
Auktionsr. 58.

Weizenmehl,

die Weizenkrone,
Cakes, Schokolade,
hochfeine Apfelsinen

empfehle täglich!
Gust. Märtens,
Auktionsr. 58.

Mitglied vom Nabors-Sparverein.

Wohnhaus.

Am Prinzessinnenweg, nahe dem Werk u. Holze, habe ich ein gut gebautes, vorzüglich eingerichtetes

Zweifamilien- Wohnhaus

mit Garten preiswert zu verkaufen.

Georg Schwarting,
Auktionator u. Rechnungsführer,
Eversten-Oldenburg,
Hauptstraße 3.

Einfamilien- Wohnhaus.

An guter Lage der Stadt habe ich

ein Haus,

vorzögl. als Einfamilien-Wohnhaus geeignet, mit Garten preiswert zum 1. Mai 1908 zu verkaufen.

Georg Schwarting,
Auktionator u. Rechnungsführer,
Eversten-Oldenburg,
Hauptstraße 3.

Land-Verkauf

in
Gatten.

Baumann Heinrich Barkemeyer daselbst läßt am

**Freitag,
den 31. Janr. d. J.,**

nachm. 6 Uhr,
in Ruff's Wirtschaft daselbst sein hinfertiges Schierenduchen belegen

Grundstück,

sogen. Papenmoor, un-
tätig, gr. 7,7838

Sektar, meistens zur
Kultur (Acker- und
Wiesenland) ge-
eignet,

geteilt oder im ganzen zum Verkauf aussetzen, wozu einlabet
G. Ruffen, Auktionator.

Eisenbahn-Verein Maschinenhaus.

Zu dem am Sonntag, den 2. Febr., im Hotel zum Rindenhof stattfindenden

Stiftungsfeste

labet höflichst ein 2. Vorstand.
Hankhausen. Zu verkaufen eine junge gute Kuh.
Gerb. Rehners.

Rastede — Hankhausen.

Jetzt ist es Zeit,

wenn Sie Ihr Fahrrad zum Frühjahr wieder neu in Stand haben wollen.

Bernideln u. Emailieren
in eigenen Werkstätten unter Garantie der Haltbarkeit sauber und billig.

Fr. Hinrichs,

Reparatur-Werkstätten für Maschinen, Fahrräder und Motorschiffe.

Leß. Glucke u. e. Kinderweg.
Leß. Glucke u. e. Kinderweg.

Bund der Landwirte.

Donnerstag, den 30. Januar 1908, abends präzis 6 Uhr, findet in

Oldenburg im Doodt'schen Etablissement eine

Öffentliche Versammlung des Bundes der Landwirte

statt.

Tagesordnung:
1. Eröffnung der Versammlung durch den Landesvorsitzenden Herrn Gussel. Müller-Münster.

2. Vortrag der Herren a. Gussel, von Leesehof, Stelbel, Vorsitzender des Bundes für das Fürstentum Lüneburg: „Ist ein Frieden zwischen Landwirtschaft, Industrie und Handel möglich?“

b. Weinbergbesitzer Generalmajor a. D. von Leesehof-Riesbaden, Vorsitzender des Bundes für Westfalen: „Die Sozialpolitik des Bundes der Landwirte, insbesondere mit Rücksicht auf die Beamten.“

3. Aussprache.
Zu dieser Versammlung hat Jedermann Zutritt, insbesondere haben wir hiernit alle oldenburgischen Landwirte und Freunde von Landwirtschaft und Mittelstand freundlichst ein.

Um 4 Uhr findet in demselben Lokal eine Vertrauensmänner-Versammlung des Bundes statt, zu welcher nur alle Vertrauensmänner in Oldenburg zu erscheinen bitten. Angabe der Tagesordnung erfolgt durch besondere Einladung.

Der Vorstand des Bundes der Landwirte für das Herzogtum Oldenburg.
W. L. L. e. - Rühmann, Landesvorsitzender.

Menstruations-Tropfen „Favorit“

Bei Ausbleiben bestimmt. Vorgänge, Unregelmäßigkeiten der Menstruationen für Frauen, von hervorragender Wirksamkeit, à 3 4 Mark, versendet diskret

Wohnhaus
Gschirke 6, Donnerschweer, preiswert zu verkaufen.

**Verlangen Sie meine
Gummiwaren.**

Katalog gratis u. franko.
Gg. Michel, Köhler u. M.
Kaufe fortwährend hochtragende

Kühe u. Quenen.

B. de Levie,
Kleine Bahnhofstr. 4.

Alle, die mir von 1907 u. früher schulden, fordere ich hiermit auf, ihre Rechnung gegen den 1. Februar zu zahlen, sonst werde ich es einem Rechnungsführer übergeben. Fr. Detters, Nettel bei Rastede.

Zwischenbahn. Die zur Errichtung eines

Wohnhauses

erforderlichen Arbeiten und Materiallieferungen will ich im Ganzen oder im Einzelnen vergeben.

Bedingungen u. Berechnungen nebst Risik und Vorteil liegen bei mir aus und können erteilt auf Wunsch in Empfang genommen werden.

Offerten sind bis Dienstag, den 4. Februar, einzureichen. Rethaus, Gemeindevorsteher.

Für Schlachter.

Einem tüchtigen Schlachter weise ich eine günstige Gelegenheit zur Errichtung eines eigenen Geschäftes nach.

Georg Schwarting,
Auktionator u. Rechnungsführer,
Eversten - Oldenburg,
Hauptstr. 3.

Bürgerfelder Turnerbund.

D. T. (E. V.)
Am Sonntag, den 2. Febr. 1908:

Kappenfest

im Vereinslokal „Zur Erholung“ (G. Mohnern).
Anfang 5 Uhr.
Kappen sind im Lokal zu kaufen. Der Vorstand.

Verein ehem. 19. Dragoner

Zur Beerdigung des verstorbenen Kriegsveteranen G. Mohnern. **Johann Meyer** veranlaßt die Vereinsmitglieder

Donnerstag, den 30. d. Mts., vormittags 8:00 Uhr, an der Naborsstraße 52.

Große starke Kisten, billig. Langestr. 66.

Verein ehem. 19. Dragoner

Zur Beerdigung des verstorbenen Kriegsveteranen G. Mohnern. **Johann Meyer** veranlaßt die Vereinsmitglieder

Donnerstag, den 30. d. Mts., vormittags 8:00 Uhr, an der Naborsstraße 52.

Große starke Kisten, billig. Langestr. 66.

Große starke Kisten, billig. Langestr. 66.

Große starke Kisten, billig. Langestr. 66.